

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Nr. 34

November 1978

60 Pfg.

UNTERNEHMER LASSEN NICHT LOCKER DGB MUSS HANDELN

Seit Ende 1974 haben wir in der Bundesrepublik eine Massenarbeitslosigkeit um die Million. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer ist um weitaus mehr zurückgegangen. Jahr um Jahr rücken immer größere Jahrgänge arbeitswilliger Jugendlicher nach. Wenn man die inzwischen abgewanderten Ausländer, die nicht registrierten Hausfrauen und Schulabgänger zählt, dann liegt die wirkliche Arbeitslosigkeit wesentlich über der Zahl, die monatlich aus Nürnberg gemeldet wird.

Aber nicht nur die Arbeitslosen müssen der Gürtel enger schnallen. Preissteigerungen, erhöhte Steuern und Abgaben und Kurzarbeit nagen am Reallohn. Ebenso die vielfältigen Versuche einer innerbetrieblichen Lohndrückerei an allen Ecken und Enden, durch Abgruppierungen, Leistungsbewertung, Streichung übertariflicher Leistungen, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Die "soziale Verantwortung" der Unternehmer gehört jetzt zum alten Eisen.

In manchen Branchen drohen katastrophale Zustände. Wenn nicht sofort gehandelt wird. Im Stahlbereich sind in den letzten Jahren 100.000 Arbeitsplätze verschwunden. Es droht, so der Kollege Eugen Loderer, die Entlassung von jedem dritten Stahlarbeiter bis '85. Eine echte Katastrophe für das Ruhrgebiet und das Saarland. Nicht viel bessere Aussichten haben die Kollegen im Schiffbau an der Küste und seinen Zulieferbereichen.

endlos arbeitslos

"dann wird es bitter"

VORAN: Bevor Du 1959 in die BRD übergesiedelt bist, hast Du einige Zeit im Ostblock gelebt. Wie ist es Dir da ergangen?

Schmidt: Ich bin in Schlesien aufgewachsen. Nach '45 wurde Schlesien polnisch. Ich habe damals als Lokführer gearbeitet. Durch die Familienzusammenführung bin ich dann Anfang '58 in die DDR übergesiedelt. Aber da habe ich es nur ein halbes Jahr ausgehalten. Ich sollte in die SED eintreten. Dadurch, so sagte man mir, hätte ich manchen Vorteil. Aber ich wollte nicht. Denn, wenn man da seinen Mund zu weit aufmacht, kommt man in Schwierigkeiten. Weil ich mich nicht durch das politische System drüber bevormunden lassen wollte, bin in Ende '59 in die BRD gekommen.



SPITZE DES EISBERGS

Immer mehr Kollegen kommen jetzt zu der Schlußfolgerung, daß gehandelt werden muß. Die 35.000, die am 14. Oktober in Dortmund gegen Arbeitslosigkeit und Aussperrung demonstrierten, sind nur die Spitze des Eisbergs, ebenso wie die Kundgebungen gegen Fabrikschließungen und Massenentlassungen in Hamburg, Emden, Völklingen, Speyer, Köln und anderswo. Die Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften wachsen insgesamt, trotz Rückgangs der allgemeinen Beschäftigtenzahlen.

Im Januar streikten die Hafentarbeiter für eine angemessene Lohnerhöhung und setzten damit ein Zeichen für alle Arbeitnehmer. Im März streikten die Kollegen der IG Druck für die Ver-

teidigung der Arbeitsplätze, und die württembergisch/badischen Metallarbeiter in den Kampf um Lohnerhöhung und Schutz vor Abgruppierungen.

Auch dies war alles nur ein Anfang. Die wirklich schweren Kämpfe stehen uns erst noch bevor.

Wir können den Herausforderungen des Kapitals nur dann erfolgreich begegnen, wenn unsere Seite entschlossen und schlagkräftig handelt, wenn unsere Gewerkschaften kompromißlos und hart unsere Interessen vertreten.

Schlagkräftig können die Gewerkschaften nur dann werden, wenn auf alle Fälle die Meinung der Mitgliedschaft voll nach oben durchdringt. Unsere Gewerkschaftsführung darf nicht erst auf etwas reagieren, wenn es fünf nach 12 ist, sondern sie muß weitsichtig die Probleme erkennen und bekämpfen, bevor sie über uns hereinbrechen mit voller Wucht.

VORAN - INTERVIEW MIT
HORST SCHMIDT AUS
REMSCHIED

VORAN: Was machst Du hier beruflich?

SCHMIDT: Ich habe von '59 bis '72 in einer Knochenverwertung gearbeitet. An einem Tag habe ich mal gefehlt, da ist mir von den Benzindämpfen schlecht geworden. Die haben mich dann daraufhin entlassen.

VORAN: Konnte Dir die Gewerkschaft nicht helfen?

SCHMIDT: Ja, versprochen hatte damals die Gewerkschaft schon, den Kollegen zu helfen, die entlassen werden sollten. Doch es blieb bei den Versprechen. Da bin ich dann aus der Gewerkschaft ausgetreten.

VORAN: Was hast Du nach der Entlassung gemacht? Hast Du schnell einen anderen Arbeitsplatz gefunden?

SCHMIDT: Nein! Ich bin ja nur noch zu 40% arbeitsfähig. Das kommt von einer Beinoperation. Ich kann dadurch nicht lange auf den Beinen bleiben. Die Arbeitsplätze, die ich hatte, konnte ich nur 2 bis 3 Monate behalten. Dann mußte ich wegen meinen Beinen aufhören.

VORAN: Du hast dann eine Kneipe in RS aufgemacht?

SCHMIDT: Ja, aber das ging nur 2 Jahre gut. Aber die mußte ich auch nach 2 Jahren wegen meinen Füßen aufgeben. Ich konnte das lange Stehen nicht mehr vertragen. Seitdem bin ich arbeitslos. Wenn Du über 40 bist, hast Du heute keine Chance mehr. Wenn Du dazu noch zu 40% arbeitsfähig bist ...

Fortsetzung S. 2

Die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht den Kontakt zur organisierten Bewegung verlieren. Für sie können tagüber spezielle Arbeitskreise eingerichtet werden, damit sie ihre Probleme gemeinsam anpacken. Man könnte auch ihr "freie" Zeit und Arbeitskraft dazu benutzen, um beispielsweise sinnvolles und verständliches Informationsmaterial vor den Betrieben, Arbeitsämtern und unter der Bevölkerung zu verteilen.

Viele Betriebe, vor allem die kleineren, sind noch nicht oder kaum gewerkschaftlich organisiert. In Tausenden Betrieben gibt es Kollegen, die einen Betriebsrat aufbauen möchten, sich dies aber noch nicht ganz alleine zutrauen. Die Gewerkschaften müssen solche Betriebe systematisch erfassen und mit Rat und Tat den Kollegen helfen, ihre elementarsten Rechte voll wahrzunehmen.

Millionen von Arbeitnehmern sind im Moment noch gleichgültig. Sie glauben, man könne auch ohne Gewerkschaft auskommen. Oder sie sind noch unentschlossen.

Doch viele Unentschlossene werden dann auch der Gewerkschaft beitreten, wenn sie sehen, daß die organisierten Kollegen entschlossen handeln, wenn sie Taten sehen und nicht nur Worte hören.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist die größte und stärkste organisierte Kraft in dieser Gesellschaft. Ohne sie läuft letzten Endes gar nichts. Die vereinte Kraft der Mitglieder könnte bei richtiger Koordinierung und Anleitung in der Gesellschaft ihren Willen voll und ganz durchsetzen.

Doch die große Maschinerie ist schwerfällig geworden. Wenn sie erst einmal richtig geölt, geschmiert und auf Vordermann gebracht wird und richtig ins Rollen kommt, dann wird keine Macht auf Erden sie wieder anhalten können.

ARTIKEL ÜBER

Schiffbau-Krise S. 2
Novemberrevolution... S. 4/5
Betriebsratswahlen
bei Daimler-Benz.... S. 6/7
Nahost..... S. 8

VORAN

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaft.
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Konto: Postscheckamt Essen, H. G. Öfinger, Nr. 170 20 433
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfinger
Druck: Gegendruck Essen

UNTERNEHMERSORGEN

Was macht man als Unternehmer oder Manager, wenn man einen aktiven Betriebsratsvorsitzenden loswerden möchte? Zuge, eine der vielen Sorgen, von denen Unternehmer heutzutage geplagt werden. Für besonders raffiniert hielt sich wohl der Geschäftsführer Hübner und sein Assistent Hoffmann vom Toom-Markt Taunusstein, als sie auf die Idee kamen, doch mal beim Verfassungsschutz anzufragen, ob gegen den Betriebsratsvorsitzenden Walter Zaschke (25) nichts vorläge. Lag nicht, Fehlanzeige - Pech für Hübner + Co, vorläufiges Glück für Zaschke.

Doch Zaschkes Widersacher griffen zu ihrer nächsten Waffe: Sie heuerten 2 Privatdetektive an, um ihn überwachen zu lassen. Als dies nichts hergab, besorgten sie sich Revolver und Morphium-Ampullen, verpackten sie in eine Tasche mit Zaschkes Namen und Anschrift und hinterlegten diese in einem Bahnhofsschließfach. Prompt wurde Walter Zaschke aufgrund dieses "Beweismaterials" aus dem Betrieb heraus verhaftet. Doch der Schwindel flog auf.

"Dieser Zaschke muß raus, egal wie!" hatte der Auftrag für die Detektive gelautet. Nun freilich, vor dem Landgericht in Frankfurt streiten Hübner und Hoffmann ihr Mitwissen an den Methoden der Detektive ab. Aber viele Kollegen werden selbst wissen, mit welchen Methoden die Geschäftsleitungen ihrer Betriebe manchmal arbeiten, um unbequeme Kollegen mundtot zu machen.

UNSERE STEUERGELDER

Wenn es darum geht, Mißwirtschaft, bürokratischen Amterfilz und Verschwendung von Staatsgeldern in den entarteten Arbeiterstaaten des Ostblocks in Gr und Boden zu verdammen, dann ist die bürgerliche Presse schnell bei der Sache. Und sie ist in der Lage, fast ewig darauf heruzureiten. Passiert dies jedoch innerhalb der ach so überlegenen Marktwirtschaft, dann kommen einige kurze Berichte in wenigen Zeitungen, und alles ist wieder vergessen.

Alljährlich veröffentlicht der Bundesrechnungshof einen Prüfungsbericht, und alljährlich finden sich darin Beispiele, wie Hunderte von Millionen Steuergelder verschleudert werden.

Beispielsweise kassierte Wolfram Langer, CDU-Mitglied und früherer Staatssekretär 467.500 DM. Als Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt in Wiesbaden ließ er sich eine "Dienstwohnung" in Form einer Villa zu Vorzugszinsen in München finanzieren. Scheinbar fährt er täglich 429 km weit zum Dienst, im Dienstwagen mit Chauffeur natürlich ...

Eine glänzende Idee hatten die Beamten des Beschaffungsparats des Auswärtigen Amtes in Bonn: Im Haushalt des Bundes tags war Geld für den Kauf von Dechiffriermaschinen, Sende- und Empfangsgeräten bewilligt worden. Doch von diesen Geräten bestand schon ein Vorrat im Wert von 1 Million DM. Was tun? Statt Spezialkurzwellenapparate, die keiner braucht, bestellen wir Hi-Fi-Stereogeräte, die wir zu Hause benutzen können", dachten sich die Beamten. Die hochmodernen Anlagen werden nach dem Kauf als "nicht betriebsbereit" abgeschrieben. Inzwischen mußten die Beamten 31 Empfänger im Wert von 20.000 DM wieder herausrücken, 4 weitere im Wert von 34.000 DM blieben verschwunden. Der verantwortliche Abteilungsleiter - mit den Titeln: Vortragender Legitimationsrat I. Klasse Dr. - Klaus Schultz ging unbehelligt in Pension, ein Angestellter allerdings wurde gefeuert.

Auch die Bundesbankzentrale in Frankfurt ging sehr großzügig mit ihrem Geld um: Bei einem Kongreß in Augsburg beschaffte sie für die 100 Teilnehmer "Gastgeschenke" für 6 000 DM, ließ einen Tanzzug aus München ankantern und kutscherte die vergnügten Herren einen Tag lang umsonst umher. Wer möchte nicht auch mal an so einem Kongreß teilnehmen?

Unnütze Geräte hat die Post in den Fernmeldeämtern Berlins eingebaut oder auf Vorrat gelagert. Sie werden nur zur Hälfte genutzt. Der Vorrat reicht bis zum Jahr 2005. Doch dann wird alles längst hoffnungslos veraltet sein. Die Arbeiter und Angestellten haben dafür jedoch mit ihren Steuergeldern schon geblecht. Schaden: 100 Millionen DM!

Gerade die letzten Beispiele zeigen, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter über ihre Betriebe die Kontrolle ausüben und jederzeitiges Einblicksrecht in die Geschäftsbücher haben.

SOLANGE VORRAT REICHT

Deutsche Hausfrauen! Weihnachten steht vor der Tür. Diesmal soll Papa etwas Exklusives zum Geschenk bekommen. Wir haben die Lösung gefunden: ROYAL OAK von Audemars Piguet. Die Uhr mit dem unverwechselbaren Charakter. Für nur 13.200 DM! Alles inklusive. So steht es in der FAZ, dem Massenblatt der deutschen Arbeiter, Ausgabe vom 25.10.78. Ja, Sie haben richtig gehört. 13.200 DM. Aber, ich bitte Sie. Was soll das denn - eine kinderreiche Familie ein halbes Jahr lang ernähren?

Sehen Sie doch, meine Damen. Der Herr Gatte wollte doch schon immer mal was besseres sein. Aber dazu braucht er ROYAL OAK. 8 Schrauben aus hochkarätigem Gold halten das Gehäuse dicht, 21 Karat feines Gold am Mittelrotor, der die Uhr beständig aufzieht. Bei der Herstellung mit feinsten Diamantpaste, mit Holundermark und ausgesucht weichen Rehleder poliert, Exklusivität und bestechende Schönheit. Für nur 13.200 DM. Das ist ja fast geschenkt. Greifen Sie zu, solange Vorrat reicht. Aber rasch und schnell, sonst schnappt Ihre Frau Nachbarin die letzte weg!

ALLTAG EINES DREHERS

Rainer Drosse

"Aufstehen ist schön", sagt ein Arbeiter sicher nicht, wenn er um 6.00 Uhr oder 7.00 Uhr in der Maschinenhalle arbeitsbereit stehen muß. Bei einem Arbeitsweg von einer Stunde heißt das für mich, daß ich um 4.30 oder 5.30 Uhr aus dem Bett heraus muß. In der Zeit von 6.00 bis 7.00 besteht die Möglichkeit, eine Überstunde abzuleisten, und ca. 50% meiner Kollegen fangen um 6.00 Uhr an zu arbeiten. Weitere Überstunden können täglich nach dem regulären Arbeitende 15.45 - 16.45 und Samstags von 6.00 - 11.45 Uhr geschoben werden.

Komme ich abends um 17.45 Uhr nach nunmehr gut 12 Stunden im Haus an, wissen die Beine, die in harten Schweißfuß-fördernden Sicherheitsschuhen zehn Stunden standen, wie schwer der Körper ist. Die Dauerbelastung der Beine beschert mir in der Nacht oft schmerzhaft Wadenkrämpfe. Die Krämpfe und entstehende Krampfadern können nur durch das tägliche Tragen von Gummistrümpfen gelindert werden.

Betrete ich im Winter mit nassem Privatzeug den Umkleideraum in der Firma, so schlägt mir eine stickig trockene Heizungsluft entgegen, die noch mit manch anderen Düften angereichert ist. Öffne ich meinen Blechschrank, in humanem Orange oder Blau lackiert, so fin-

de ich die Ursache für diese Düfte ein dreckig-öliges Arbeitsanzug, nach Schweiß riechende Arbeitsschuhe und -Strümpfe, ein klammes Handtuch vom letzten Feiertag - alles das mit dem hygienischen Duft der Seife vermischt.

Ist dem Mief im Spind das Arbeitszeug entnommen, so wird der regennasse Parka, Jeans usw., was Besseres lohnt nicht, 8-10 Stunden in den Blechkasten gesperrt.

Die Arbeit an der Drehbank birgt viele Gefahren in sich. Am scharfen Grat eines Werkstückes schneidet man sich oft in die Finger.

Drehspäne fliegen oft in den Hemdkragen und an das Gesicht, sie geben Brandmale auf der Haut. Häufig spritzen feinste Messing- oder Aluminiumspäne auch in die Augen. Dann muß der Augenarzt helfen.

Monatlich bringe ich es auf ca. 20 Überstunden, was mir einen Nettolohn von ca. 1480 DM einbringt. Ohne Überstunden würde ich nur ca. 1320 DM pro Monat verdienen. Die festen Kosten betragen im Monat allein 900 DM; der Rest des Lohnes ist für kleinere und größere Anschaffungen sowie Freizeitgestaltung.

Der von Schmutz, Lärm, schlechter Luft und Arbeit physisch und psychisch ermattete Arbeiter ist froh, wenn er die Beine am Feier-

abend auf das Sofa legen kann. Die wenigsten Kollegen haben dann abends noch Kraft und Interesse, kulturelle und politische Veranstaltungen zu besuchen - schon gar nicht, wenn sie dabei langatmigen theoretischen Reden und Diskussionen in Akademikersprache zuhören müssen.

Durch Flugblätter, Gewerkschaftszeitungen und andere Medien hat der Arbeiter in der letzten Zeit von der 35-Stunden-Woche erfahren. Die Vertrauensleute, Betriebsräte und andere Gewerkschaftsfunktionäre bemühten sich kaum um eine Diskussion mit den Arbeitern über dieses Problem. So denkt sich jeder Arbeiter selber seinen Teil zu der 35-Stunden-Woche, denn es findet meistens nicht einmal ein Meinungsaustausch unter den Kollegen statt. Dieses trifft auch für viele andere gewerkschaftliche Themen zu.

Viele abhängig Beschäftigte haben, weil es ihnen relativ gut geht, heute noch keinerlei Interesse, daß sich die bestehenden Verhältnisse regional und national ändern. Den Kollegen muß durch ihre eigenen Erfahrungen, durch politische Informationen, Bildung und Nachrichten erst deutlich werden, an welcher Stelle in unserer Gesellschaft sie stehen. Wenn die Kollegen diese politischen Erfahrungen und Erkenntnisse verarbeitet haben, wird man sie auch für die Ziele von VORAN begeistern können.



Fast entlassen

Anfang Oktober passierte mir das, wovor jeder Arbeitnehmer heutzutage Angst hat - ich wurde fristlos gekündigt, und zwar noch nicht mal von "heute auf morgen", wie man sagt, sondern buchstäblich von heute auf gestern! Das heißt, im Kündigungsschreiben stand, daß bereits am Tage zuvor mein Arbeitsverhältnis beendet sei!

Seit gut über einem Jahr war ich in einem Ingenieur-Büro als Sekretärin beschäftigt und arbeitete als Alleinkraft mit dem Chef und seinem Ingenieur zusammen. Seit meinem Eintritt im Sommer 1977 ist das Personal abgebaut worden - damals arbeiteten 3 Sekretärinnen ganztags und eine halbtags mit 5 Männern. Eine Sekretärin und 2 Herren von einer "befreunden" Firma (mehr hierzu gleich) übernommen, während die anderen nicht ersetzt wurden, als sie gingen. Allein daher hätte man das Ende voraussehen können, aber der Umsatz im letzten Jahr war immer noch gut für eine winzige Firma. Wir vertrieben Klimaanlage und die Aufträge, vor allem aus dem Ausland, liefen ganz gut, trotz der Tatsache, daß der Chef sich wenig um die Geschäfte kümmerte. Ich mußte den Kunden dauernd vorlügen, er sei nicht zu sprechen, wenn Kunden unsere Maschinen oder Auftragsabwicklung bemängeln wollten. In solchen Fällen, die in den letzten Monaten immer häufiger vorkamen, fällt es immer der kleinen Sekretärin zu, am Telefon von den Kunden angebrüllt zu werden. Sie soll immer den Chef verteidigen und ihn decken.

Die Auflösung unserer Firma erfolgte auf die zynischste Art: durch

den Rechtsanwalt meines Arbeitgebers wurde mir endlich (nach einem Monat Hin und Her) mitgeteilt, daß die Firma von der Hauptverwaltung in Frankreich am Tag zuvor aufgelöst sei. Daraufhin drückte man mir die Kündigung in die Hand. Da ich als Angestellte das Recht auf die 3-Monats-Frist habe, ging ich zur Gewerkschaft, die mir riet, die Kündigung abzulehnen und auf weitere Beschäftigung oder eine Abfindung in Höhe des Bruttogehaltes für 3 Monate zu bestehen. Die Gewerkschaft hat mir sehr viel geholfen (alle Beratung und auch Gerichtsverfahren durch ihren Rechtsanwalt sind für Mitglieder kostenlos).

Mein Arbeitgeber ging zur "befreunden" Firma über, in der er 50% des Aktienkapitals besitzt, als 2. Geschäftsführer - sehr schön, diese Überraschung hat mich für ihn sehr gefreut! Leider hätte ich keine solche Provision gemacht, für den Fall, daß ich plötzlich ohne Arbeit dastünde! Dem Ingenieur wurde auch ein Arbeitsplatz bei dieser Firma angeboten, also mußte ich mein Schicksal alleine mit dem Chef aushandeln. Wenn man dem Chef alleine gegenübersteht, der sich in rechtlichen Sachen viel besser auskennt, läßt man sich leicht bescheißen. Und er war für sowas berühmt: zahlte keine Überstunden usw. Er ließ auch mein Urlaubsgeld von DM 500,- versteuern und ich bekam nur noch DM 200,-. Ähnliche Stories könnte ich erzählen, aber eins bleibt: was die Arbeitnehmer nicht selber erkämpfen, geht ihnen für immer verloren - die Unternehmer schenken uns nichts.

ein HBV-Mitglied, Köln

'dann wird

Forts. von S.1 es bitter'

VORAN: Wie oft hast Du Dich um einen Arbeitsplatz bemüht?

SCHMIDT: Mehrere dutzend Mal. Zuletzt bei Thyssen und Elotherm und einer Firma in Wuppertal. Aber die haben mich alle nicht genommen.

VORAN: Hättest Du Lohneinbußen, wenn Du heute woanders anfangen würdest - verglichen mit Deinem früheren Lohn?

SCHMIDT: Ja. Früher habe ich mal um die 10 DM Stundenlohn gehabt. Heute würde ich nur noch knapp 5 DM bekommen, davon kannst Du doch keinen 4-Personen-Haushalt ernähren!

VORAN: Welche Unterstützungsgelder bekommst Du jetzt?

SCHMIDT: Alle 14 Tage erhalte ich 252 DM Arbeitslosenhilfe. Aber das Geld würde ja vorne und hinten nicht reichen. Daher mußte meine Frau noch arbeiten gehen. Sie trägt Zeitungen aus und bekommt dafür 300 DM. Sie ist aber weder versichert noch bekommt sie für diese Tätigkeit Rente.

VORAN: Wie sind Deine Erfahrungen mit den Ämtern?

SCHMIDT: Zuerst ging nur meine Frau auf die Ämter. Doch da wurde sie immer so abweisend behandelt. Seitdem ich mitgehe, haben sie mehr Respekt. Sonst kann ich mich nicht beklagen.

VORAN: Wie lange bekommst Du Arbeitslosenhilfe?

SCHMIDT: Solange, bis ich Arbeit finde. Aber da sieht es ja sehr mies aus. Ich hoffe, solange Unterstützung zu bekommen, bis ich Frührente beantragen kann.

VORAN: Was ist, wenn Du keine Gelder mehr bekommst, oder noch weniger als jetzt?

SCHMIDT: Dann wird es sehr bitter
VORAN: Was erwartest Du von den Parteien?

SS
SCHMIDT: Die Politiker sollen mal ihre Versprechen einlösen. Ich habe seit '59 immer SPD gewählt. Jetzt wähle ich sie nicht mehr. Die reden zu viel und machen zu wenig.

VORAN: Wählst Du jetzt eine andere Partei?

SCHMIDT: Nein, ich weiß noch nicht, was ich wählen soll. Die CDU würde ich auf keinen Fall wählen. Dann gingen wir noch schlechter.

KATASTROPHE IN DER WERFT-INDUSTRIE

Internationale Krise

Die Lage im Schiffbau ist international gekennzeichnet durch gewaltige Überkapazitäten, zurückgehende Aufträge und - als Folge - einen mörderischen Verdrängungswettbewerb zwischen den in- und ausländischen Großkonzernen.

-- In den letzten Jahren weiteten die Werftmanager die Schiffbaukapazitäten in gigantischem Ausmaß aus:

Westeuropa	+ ca. 260%
Ostblock	+ ca. 350%
Japan	+ ca. 1000%
3. Welt	+ ca. 700%

-- Dem stehen eine ständig fallende Nachfrage nach Schiffsbauwerken gegenüber:

weltweite Schiffsbauproduktion	1975 ca. 34 Mio. BRT
	1976 ca. 31 Mio. BRT
	1977 ca. 27 Mio. BRT
	1978 ca. 17 Mio. BRT
	1979 unter 14 Mio. BRT

Die Folge: In aller Welt werden jetzt zwangsweise radikal Rationalisierungen und Massenentlassungen durchgeführt - bei gleichzeitiger massiver Subventionen der Konzerne durch die nationalen Re-

geirungen.

Allein bei der HDW waren - vor der jüngsten Kündigungsdrohung - seit 1970 schon 6 000 Arbeitsplätze vernichtet worden.

Die angekündigten Entlassungen sind aber noch nicht einmal die ganze Geschichte. Denn von jedem Werft-Arbeitsplatz hängen zwei weitere in der Zulieferindustrie ab, sodaß zusätzlich noch 4 000 Arbeitsplätze in der Hamburger Metallindustrie unmittelbar gefährdet sind. Dies stellt einen weiteren Höhepunkt in einer verheerenden Entwicklung dar: Seit 1970 wurden in der Hamburger Metallindustrie bis jetzt schon 25 000 Arbeitsplätze vernichtet (der jetzige Stand liegt bei nur noch gut 70 000)!



IG Metall-Programm bietet keine echte Lösung

In Kiel, Emden und Hamburg folgten Zehntausende Kollegen den Aufrufen der IG Metall zu Protestkundgebungen.

Doch welche Forderungen stellt die IGM zur Verteidigung der bedrohten Arbeitsplätze auf?

Die IGM fordert die Umstellung der Werften auf vielseitige, nicht allein vom Schiffsbau abhängigen Unternehmen. Hierzu müsse der Staat "Strukturhilfen" geben.

Die IGM fordert die Begrenzung des internationalen Subventionenwettlaufs seitens der Regierungen damit einzelne Länder und Regionen nicht durch "überhöhte Subventionen" anderen Werften die Aufträge wegschnappen.

Sind diese beiden Forderungen nicht widersprüchlich? Wie kann man einerseits mehr Strukturhilfen

(also Subventionen) fördern, andererseits aber Subventionsbegrenzungen verlangen? Oder sollen vielleicht nur die ausländischen Regierungen ihre Subventionen an ihre eigenen Werften einschränken. Und außerdem: Wurden in den letzten beiden Jahrzehnten nicht durch mehr als 10 verschiedene "Werft-hilfeprogramme" die Subventionen durch die Bundesregierung laufend gesteigert, ohne daß dies den verheerenden Arbeitsplatzabbau (13 000 in den letzten zwei Jahren!) verhindert hätte? Wurden nicht gerade die Subventionen dazu benutzt, eine rigorose arbeitsplatzfressende Rationalisierung zu finanzieren? Mehr Subventionen zu fordern, heißt das nicht, mehr Rationalisierungen zu fordern? Haben nicht

verschiedene Werftbosse ihrer Belegschaft händereibend bezahlten Urlaub gegeben, damit sie an den Demonstrationen der IGM für mehr "Strukturhilfen für die Werften" teilnehmen könnten?

Die IGM fordert weiter: eine Konzentration der nord-deutschen Werften auf den Bau technisch hochwertiger Schiffe, weil das technische Können der deutschen Werftarbeiter hier einen "Vorsprung vor den Konkurrenten" gewährleistete. Dieser Vorsprung müsse durch verstärkte Forschung und Entwicklung abgesichert werden, was natürlich subventioniert werden muß.

Aber werden nicht die anderen hochentwickelten Länder genau die gleichen Anstrengungen unternehmen, um ihrerseits einen entschei-

denden Wettbewerbsvorsprung herauszuholen? Ist diese Forderung nicht ein Versuch, die internationale Konkurrenz aus dem Markt zu drängen, und somit die Arbeitslosigkeit auf die Kollegen jener Länder abzuwälzen? Haben denn die japanischen Konkurrenten (z. B.) schlechtere Aussichten in dem ins Auge gefaßten Kampf um Marktanteile? Bringt ein solches national ausgerichtetes Vorgehen, das die Werftmanager natürlich von ganzem Herzen unterstützen, eine Lösung der internationalen Krise der Schiffsbauindustrie? Vernachlässigt es nicht die Interessen der Kollegen in anderen Ländern, an die man sich bei anderen Anlässen vertrauensvoll wendet, um ihre Hilfe bei gemeinsamen Aktionen zu erhalten? (z. B. Hafenarbeiterstreik, internationale Boykottmaßnahmen etc.)

ze erhalten), sowie von der Regierung eine Bindung von Subventionen an bestimmte Beschäftigungsaufgaben.

Klar, die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften ist wichtig - vor allem für die Gesundheit der Kollegen. Aber packt diese Forderung wirklich das Übel der drohenden Massenentlassungen an der Wurzel? Was die Bindung der Unternehmer an Auflagen angeht: Lassen sich denn diese Herren überhaupt Vorschriften machen? Werden sie nicht auf ihre "Freiheit" und ihr Eigentumsrecht verweisen? Und was soll passieren, wenn sie sich nicht an die Auflagen halten, und wenn man ihnen deshalb die Zuschüsse streichen müßte?

Fragen über Fragen tun sich auf, die jetzt von den bedrohten Kollegen diskutiert werden. Ihnen wird immer deutlicher, daß die Forderungen der IG Metall nicht zum Kern des Problems vorstoßen.

Die IGM fordert schließlich von den Unternehmern die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften im Schiffsbau (dies könnte Arbeitsplät-

DIE ARTIKEL WURDEN AUSGEWÄHLT UND ZUSAMMENGESTELLT VON JOACHIM HEUCK, JUSO-GRUPPE HAMBURG-WINTERHUDE

Welches Programm?

Die katastrophale Krise in der Schiffsbauindustrie ist international - sie kann deshalb auch nur international gelöst werden! Sie wurde durch einen jahrelangen mörderischen Konkurrenzkampf verursacht, bei dem jetzt die Schwächsten sterben sollen, weil sie nicht mehr "lebensfähig" sind. Vorhandene Kapazitäten sollen leerstehen, während andererseits Zehntausende in Zukunft ohne Arbeit sein sollen. Eine gigantische Verschwendung volkswirtschaftlicher Ressourcen! Es kann nicht angehen, daß wertvolle Maschinen und Kapazitäten ungenutzt bleiben.

Die Forderung der IG Metall nach "Umstellung der Werften auf vielseitige, nicht allein vom Schiffsbau abhängige Unternehmen geht deswegen in die richtige Richtung. Aber sie geht nicht weit genug. Sie muß verbunden werden mit den Forderungen

- Ausarbeitung eines Rahmenplanes der Produktion für die gesamte Schiffsbauindustrie!
 - Ausnutzung aller Produktionskapazitäten, wenn nötig, durch eine Umstellung auf alternative Produktion!
 - Ein internationaler Plan der Produktion in der Schiffsbauindustrie!
- Sollte sich nach genauer Überprüfung ergeben, daß nicht alle Überkapazitäten ausgenutzt werden können, auch nicht durch eine Produktionsumstellung, dann darf kein Werftarbeiter arbeitslos werden.

Die Kapazitäten müssen dann planvoll und koordiniert abgebaut werden!

Durch eine Umschulung - Bei voller Weiterbezahlung des bisherigen Lohnes! - müssen die betroffenen Kollegen in die Lage versetzt werden, andere Arbeitsplätze auszufüllen!

Natürlich wird es unmöglich sein, einen koordinierten und ausgewogenen Produktionsplan auch praktisch durchzuführen, solange es noch Werften gibt, die in privaten Händen sind. Deshalb wird notwendig sein:

- Entschädigungslose Enteignung aller privaten Werftunternehmer
- Sie und ihr System haben sich lange genug als unfähig erwiesen Arbeitsplätze zu erhalten - trotz staatlicher Milliarden-subventionen!
- Überführung aller Werften in Staatsbesitz, um die Durchführung einer geplanten Produktion zu gewährleisten!
- Aber gerade die geplanten 2.000 Entlassungen bei HDW zeigen, daß Verstaatlichung alleine keinen Schutz der Belegschaftsinteressen sichert. HDW befindet sich nämlich zu 100% in staatlicher Hand. Notwendig ist die
- Vollständige Arbeiterkontrolle und -verwaltung der verstaatlichten Werften!
- Verwaltung der Betriebe und Erstellung der Produktionspläne durch Aufsichtsräte, die zu je einem Drittel aus Vertretern der Belegschaft, des DGB und des Staates zusammengesetzt sind!

Als allererster Schritt müssen jedoch die Geschäftsbücher geöffnet werden. Vertreter der Gewerkschaft sollen überprüfen, wo die Profite und die Subventionen der letzten Jahre geblieben sind.

Es muß schnell und entschlossen gehandelt werden! Die Kollegen erwarten von der IG Metall, daß sie ein klares Kampfprogramm entwickelt, welches zu einer grundsätzlichen Lösung der Werftkrise führt, bei der nicht sie die Kosten bezahlen müssen!

Erfahrungen aus Holland

Von Anneke Poppe Amsterdam

1972 hatten die holländischen Werften 45.000 Beschäftigte. 1977 waren es nur noch 22.000. Doch damit nicht genug, wollen die Unternehmer Produktion und Arbeitsplätze auch in Zukunft weiter abbauen.

Die wichtigsten Werften befinden sich in Amsterdam, Rotterdam und Vlissingen. Die Schiffbauindustrie wird beherrscht durch den Konzern RSV. 1976 ernannte die Regierung eine Beratungskommission für diesen Industriezweig. Darin waren Unternehmer und Gewerkschaften vertreten. Die Kommission empfahl, die vorhandenen Kapazitäten um 30% zu kürzen. Trotzdem war den Bossen die Rentabilität für ihre restlichen Investitionen nicht hoch genug und sie verlangten einen Abbau der Kapazitäten um die Hälfte.

Der RSV-Konzern kündigte auch prompt die Stilllegung seiner Werft NDSM mit 300 Beschäftigten in Amsterdam an. Im März dieses Jahres stellte sich die konservative Regierungskoalition offen hinter den Konzern. Nur 250 Arbeitern wurde die Übernahme in ADM, eine andere Amsterdamer Werft, zugesagt. So wären zusätzlich Tausende von Arbeitsplätzen in der Zulieferindustrie vernichtet worden.

Als die Arbeiter von NDSM dies erfuhren, schlug ihre Stimmung um in Wut und Kampfbereitschaft. Die Funktionäre des "Industriebond" (Metallgewerkschaft) zeigten aber eine rein defensive Haltung. Sie wurden deshalb bei Gewerkschaftsversammlungen von den kämpferischen Kollegen zurechtgewiesen. Eine Vollversammlung während der Arbeitszeit wurde von fast allen Werftarbeitern in ganz Amsterdam besucht.

Die Gewerkschaftsführung war nicht imstande, diesen Aufstand der Arbeiter zu führen und die Kampfkraft zu stärken. Sie hatten den Plänen der Bosse und ihrer Regierung keine einzige Alternative entgegenzusetzen. So verpuffte ein Teil der Energie und Kampfkraft der Arbeiter wirkungslos.

Am 28. September kamen RSV, ADM und die Regierung schließlich überein, bei NDSM Kapazitäten abzubauen. Wahrscheinlich aufgeschreckt durch die Reaktion der Arbeiter im März, ließen sie den Plan zur totalen Stilllegung fallen. Stattdessen wurde eine "Reorganisation" der Bereiche Reparatur und Neubau angekündigt. Der Reparaturbereich sollte ADM angegliedert, der Neubaubereich in eine eigene Gesellschaft umgewandelt werden. 300 Arbeitsplätze in der Reparatur und 800-950 Arbeitsplätze im Neubau werden verlorengelassen. Für die neue Gesellschaft wird der Staat 35% des Kapitals aufbringen.

Die Gewerkschaftsführung hat diese Vorschläge angenommen. Ein Sprecher der Gewerkschaft bezeichnete sich als "das meiste, was erreicht werden konnte". Die Arbeiter waren jedoch eher dagegen. 2000 Kollegen kamen am 28. September zu einer Protest-Vollversammlung in Amsterdam, die vom Aktionskomitee einberufen wurde. Am selben Abend brachten viele Arbeiter auf einer Gewerkschaftsversammlung zum Ausdruck, daß sie keineswegs zufrieden seien. Klaas Veldmann, Vorsitzender des Aktionskomitees und Stadtrat der sozialdemokratischen Arbeiterpartei (PvdA), zog folgende Konsequenz:

"NDSM auf diese Weise aufrechtzuerhalten bedeutet, mit den alten Kontrollmechanismen fortzufahren, also keine wirkliche Veränderung der Machtpositionen. Was wir getan haben, ist, nur einen kleinen Teil des Arbeitslosenproblems innerhalb des bestehenden Systems zu lösen. Wir haben gesehen, daß nicht Argumente entscheidend sind, sondern Macht."

Außer dem Arbeitsplatzverlust haben die Arbeiter auch andere Rückschläge hinnehmen müssen.

Die Gewerkschaftsführer akzeptierten, daß sich die Profite erhöhen müßten und daß die Entlassungen nicht vermeidbar wären, sie wollten sie nur auf ein Mindestmaß beschränken.

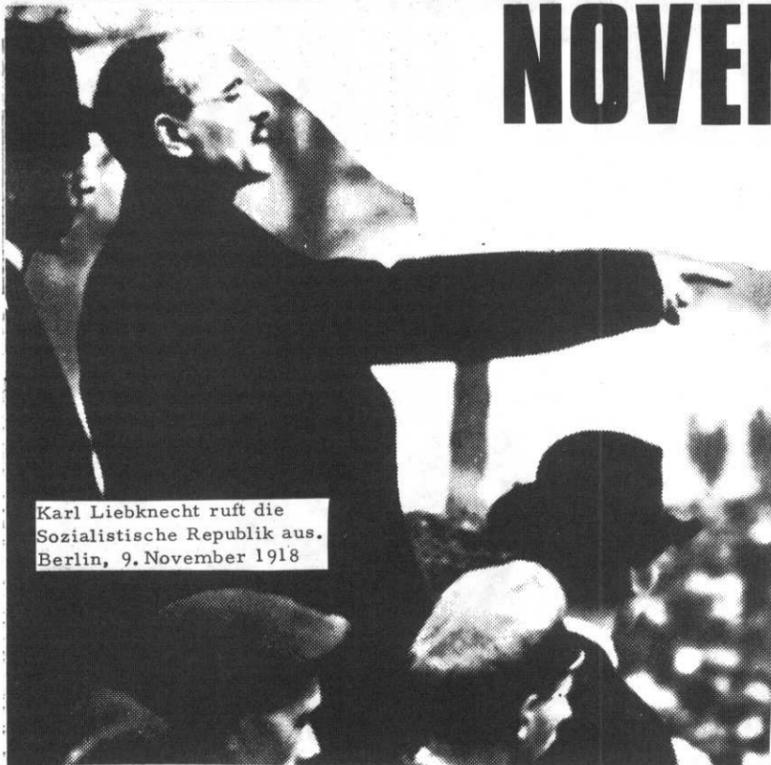
In zwei Amsterdamer Werften

wurden Aktionskomitees gegründet. Überstunden wurden verweigert und Warnstreiks organisiert. Darüber hinaus wurden die Arbeiter aber nicht mobilisiert. Sie wurden nicht in den Kampf einbezogen. Die Gewerkschaftsfunktionäre beschränkten sich auf Spitzenverhandlungen mit den Unternehmern und dem Staat. Der Gipfel von allem war, daß die Gewerkschaft nicht ihre Vertreter aus der Beratungskommission zurückzog, durch die die Angriffe auf die Arbeiter ausgeführt wurden.

Deshalb ließ die Kampfbereitschaft der Arbeiter in den letzten Wochen auch merklich nach. Die Stimmung schlug um in Enttäuschung und Pessimismus. Jüngere Arbeiter fingen an, nach einem neuen Arbeitsplatz Ausschau zu halten. In den Niederlanden gibt es aber schon jetzt 100.000 arbeitslose Jugendliche. Ältere Arbeiter flüchteten sich in eine frühzeitige Pensionierung und nahmen es auf sich, nach einem langen Arbeitsleben auf den Werften viel zu entbehren. Den Unternehmern ist es gelungen, die verschiedenen Schiffswerften gegeneinander auszuspielen. Sie bestanden darauf, daß entweder Amsterdam oder Rotterdam stillgelegt werden müsse. Man erzählte den Amsterdamer Werftarbeitern, daß sie ihre Arbeitsplätze nur auf Kosten der Rotterdamer Kollegen retten könnten. Die Gewerkschaften hatten darauf keine Antwort. Selbst sich dieser Stimmung des Lokalpatriotismus an und ergriff Partei für Amsterdam.

Eine Ende der Angriffe der Kapitalisten auf die Werftarbeiter ist nicht in Sicht. Ähnliches können wir auch aus England und der BRD hören. Viele von den Arbeitern, die den Kampf noch nicht aufgegeben haben, fangen an, über eine sozialistische Lösung zu diskutieren. Die Sozialisten müssen geduldig und weitsichtig mitdiskutieren und mitkämpfen. Dann können sie sichergehen, daß sie in der Bewegung für ihre Ideen breit Gehör finden werden.

NOVEMBERREVOLUTION 1918:



Karl Liebknecht ruft die Sozialistische Republik aus. Berlin, 9. November 1918

Die deutsche Arbeiterbewegung kann in diesem Herbst zwei wichtige Jahrestage begehen: den 100. Jahrestag der Sozialistengesetze und den 60. Jahrestag der Novemberrevolution. Beides sind entscheidende Meilensteine in der langen und ereignisreichen Geschichte unserer Bewegung. Vor 100 Jahren wollte die herrschende Klasse die damals noch junge organisierte Arbeiterbewegung mit brutaler staatlicher Unterdrückung erdrücken. Der Versuch mißlang.

40 Jahre später bot sich für die inzwischen mächtig angewachsene Bewegung die Chance, nicht nur dem Kapital einige Zugeständnisse abzurufen, sondern endgültig mit dem Kapital zu brechen und eine Gesellschaft zu errichten, in der die Arbeiter das Sagen haben. Im November 1918 war die alte kaiserliche staatliche Herrschaft zusammengebrochen.

Die Macht in den Städten Deutschlands lag in den Händen von Arbeiter- und Soldatenräten. Der Kaiser floh ins Ausland. Die Arbeiter hofften, daß nun endgültig eine neue Zeit angebrochen war...

Doch der Sozialismus fällt nicht vom Himmel. Selbst wenn die kapitalistische Gesellschaft fast völlig funktionsunfähig und der Staatsapparat zusammengebrochen ist, wenn die Arbeiter hochorganisiert sind und entschlossen handeln, wenn Millionen von Ausgebeuteten bereitstehen, sich dem Kampf anzuschließen, dann - gerade dann - kann der Kampf der Arbeiterbewegung nur vom Erfolg gekrönt sein, wenn die einzelnen Kämpfe wohlüberlegt koordiniert und von einer weitsichtigen Führung zusammengefaßt werden.

Weltkrieg

Zweifellos war der erste Weltkrieg ein entscheidender Auslöser für die Revolution. Dies ist ja auch kein Zufall, denn Kriege sind ja nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, eine extreme Zuspitzung der Widersprüche zwischen den einzelnen imperialistischen Mächten. Zu Beginn des ersten Weltkrieges wurden zwar große Teile der Bevölkerung und auch der Arbeiterklasse von der nationalistischen Kriegspropaganda mitgerissen, aber je länger der Krieg dauerte, desto mehr spürten die Arbeiter und Arbeiterfrauen zuhause und die Soldaten und Matrosen an der Front, daß einzig und allein die Kapitalistenklasse von diesem Krieg profitierte.

An der Front wie in der Heimat wurde der Gegensatz immer krasser: Hier die Masse, die sich mit bescheidenen Lebensmittelrationen hungert, dort die herrschende Klasse, die alles im Überfluß hatte und ihre Kriegsgewinne in Orgien und rauschenden Feiern investierte!

Kieler Aufstand

Ende Oktober 1918 war es die deutsche Hochseeflotte, von der das Signal für die revolutionäre Erhebung ausging. Die Kieler Matrosen weigerten sich, noch einmal zu einer Seeschlacht mit der englischen Flotte auszufahren.

Diese Schlacht hätte an der Niederlage Deutschlands nichts geändert und nur eines gebracht: den völlig sinnlosen Tod von 80.000 Matrosen.

Dieser Funke brachte das Pulverfaß zum Explodieren. Die Soldaten gingen zur offenen Meuterei über.

Einer der Matrosen schrieb seinem Vater:

"... Wir haben es alle gefühlt, daß es unsere letzte Fahrt wäre, daher die instinktive Gehorsamsverweigerung. Auf einzelnen Schiffen sind nun daraufhin noch kleinere und größere Ausschreitungen vorgekommen - bis jetzt sind 1000 Mann verhaftet und nach Bremerhaven transportiert worden. Ich will Dir noch mitteilen, daß, wenn nicht bald der Waffenstillstand kommt, hier die schönste Militärrevolte ausbricht und man gezwungen ist, den Weg nach der Heimat mit dem Gewehr zu ebnen..."

Die Verhaftungen provozierten den offenen Widerstand, aus dem bald der bewaffnete Aufstand wurde.

Tausende von Arbeitern mit ihren Familien demonstrierten am 3. November für die Freilassung der verhafteten Kameraden.

Ein reaktionärer Trupp unter einem kaisertreuen Offizier schoß in die Menge. Es gab zahlreiche Tote und Verwundete. Die Matrosen schossen zurück.

Nun gab es kein zurück mehr. Am 4. November hatte der spontan gebildete Soldatenrat bereits 40.000 bewaffnete Soldaten hinter sich. Soldaten verbrüderten sich mit Arbeitern. Die zur Niederschlagung der Arbeiter angeforderten Soldaten ließen sich am Bahnhof entwaffnen. Am gleichen Abend noch beschlossen die Vertrauensleute der Großbetriebe den Generalstreik. Am 5. November ruhte die Arbeit - Matrosen besetzten die Werften.

"Reformen"

Für die herrschenden Kreise, die Militär- und Staatsführung in Berlin, kam die Nachricht aus Kiel wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Ihre weitsichtigen Pläne und Strategien hatten zwar voraussehen können, daß sich ein revolutionäres "Unwetter" zusammenbraute und es ähnlich wie in Rußland im Vorjahr um "alles oder nichts" ging, aber sie hatten noch gehofft,

durch einige Reformen von oben die drohende Revolution von unten zu verhindern.

Im Sommer 1918 war die Oberste Heeresleitung schon zu der Schlußfolgerung gekommen, daß der Krieg verloren war. Die besten Appelle konnten die Soldaten nicht mehr darüber hinwegtäuschen. Die Moral der Truppen setzte sich sehr schnell.

So dankte die Oberste Heeresleitung ab, und es wurde am 3. Oktober eine neue Reichsregierung unter dem Prinzen Max von Baden gebildet, der je zwei Vertreter der sogenannten "Parteien der Reichstagsmehrheit" SPD, Zentrum und Fortschrittspartei angehörten. Mit diesem Schachzug versuchten die Kapitalisten und preußischen Junker, durch einige innenpolitische Zugeständnisse ihre Herrschaft zu retten. Ihnen schwebte das Modell einer parlamentarischen Monarchie vor, in der der Reichstag mehr Rechte und Befugnisse haben sollte.

Die führenden Sozialdemokraten ließen sich bereitwillig vor diesen Karren spannen. Der alte Grundsatz des 1913 verstorbenen Parteiführers August Bebel - "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen" - war längst vergessen.

Daß die Herrschenden in Zeiten, zu denen sie die Macht auf Schärfe bedroht sehen, die Führer der großen Arbeiterparteien und Gewerkschaften für ihre Interessen einzuspannen versuchen, dies hat sich schon oft in der Geschichte bestätigt. Der Kaiser selbst hatte inzwischen soviel Vertrauen zur sozialdemokratischen Parteiführung unter Friedrich Ebert bekommen, daß er beim Antritt des neuen Kabinetts zugab: "Auch mit Herrn Ebert würde ich gerne zusammenarbeiten... Ich habe gar nichts gegen die Sozialdemokratie, nur der Name, wissen Sie, der Name müßte geändert werden."

Somit waren die Führer der Sozialdemokratie ganz anders an die Macht gekommen, als es sich die aktiven Parteimitglieder in den langen Jahren des Parteaufbaus vorgestellt hatten: Nicht im kühnen sozialistischen Ansturm hatten sie die Macht errungen, sondern sie wurden von Bürgerlichen in die Regierung geholt, um ein morsches, baufälliges Staatsgebäude wieder flottzumachen.

Anfang 1918 einigten sich die Gewerkschaftsführung und die Sprecher der Arbeitgeber auf die Gründung einer zentralen Arbeitsgemeinschaft beider Seiten. Der Geschäftsführer des "Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller", Reichert, machte Ende Dezember 1918 deutlich, worauf es dem Kapital ankam: "Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren? Einen überragenden Einfluß schien nur die organisierte Arbeiterschaft zu haben. Daraus zog man den Schluß: Inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung, gibt es für die Industrie nur in der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften!"

Doch zurück zum 5. November 1918. Der Kieler Aufstand hatte das erste Ventil geöffnet. Der revolutionäre Druck konnte nun nicht mehr gebremst werden. In einer norddeutschen Stadt nach der anderen übernahmen die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht: In Hamburg, Lübeck, Neumünster und Bremen am 5. und 6. November, in Wilhelmshaven, Bremer-

haven, Rendsburg, Schleswig, Cuxhaven, Brunsbüttel, Schwerin, Rostock, Oldenburg, Lüneburg und Hannover am 7. November.

Einen Tag später war die Revolution bereits bis nach Süddeutschland vorgedrungen: Köln, Düsseldorf, Dresden, Leipzig, Frankfurt und München, um nur einige Beispiele zu nennen.

In der bayerischen Hauptstadt wurde im Anschluß an eine riesige Demonstration von 200.000 Menschen auf der Theresienwiese ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, der unter der Führung von Kurt Eisner (USPD) die Macht übernahm. Kasernen und Militärgefängnisse wurden gestürmt.

Nun lag es klar auf der Hand, daß unter diesen Umständen der Kaiser abdanken mußte. "Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde," erklärte Friedrich Ebert am 7. November.

Der Kaiser sträubte sich noch gegen seine Abdankung. Am 8. November mußte er sich telefonisch von Prinz Max erklären lassen, daß die Revolution im Vormarsch war. Einen Tag später verkündete Max von Baden den Thronverzicht Wilhelms. Dieser floh vom Großen Hauptquartier in Spa (Belgien) nach Holland. General Ludendorff setzte sich mit einem falschen Paß nach Schweden ab.

Berlin

Der entscheidende Anstoß zu Wilhelms Abdankung ging von der Berliner Arbeiterschaft aus. Die Arbeiter in ganz Deutschland warteten mit Spannung auf Machübernahme durch die Berliner Arbeiter.



Am 8. November riefen der Vollgugsausschuß des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates und die Leitung der Spartakusgruppe für den 9. November zum Generalstreik auf, mit dem Ziele der Beseitigung der Militärdiktatur und des Sturzes der Reichsregierung.

Am Morgen des 9. November machte sich eine ungeheure, unzählbare und unübersichtliche Arbeitermasse auf den Weg von den grauen Vorstädten in das Berliner Stadtzentrum. Die Massenzüge erhielten ständig Verstärkung aus den Wohnblocks, den Kleinbetrieben. Die in den Kasernen stationierten Soldaten erklärten sich neutral oder marschierten in der Masse mit. Nur vor der Maikäferkaserne in der Chausseestraße ließen Offiziere in die Menge schießen. Drei Arbeiter wurden getötet. Die Masse konnte jedoch den Offiziersposten schnell überwinden, die Kasernentore wurden aufgesprengt, und die Soldaten schlugen sich auf die Seite der Arbeiter.

Die bewaffnete Macht des alten Staates streckte die Waffen. Ihr Widerstand war sinnlos. Ab dem Mittag des 9. November befand sich Berlin in den Händen der revolutionären Arbeiter und Soldaten.

Hunderttausende, das gesamte proletarische Berlin, zogen den ganzen Tag durch die Straßen. Bewaffnete Arbeiter und Soldaten führten auf Lastautos mit roten Fahnen durch die Stadt, um die kaiserlichen Offiziere zu entwaffnen, und jeglichen reaktionären Widerstand zu unterdrücken.

Karl Liebknecht sprach gegen vier Uhr nachmittags vom Berliner Schloß zu den Massen. Er sprach den unzähligen Arbeitern und Soldaten aus der Seele, als er verkündete: "Der Tag der Revolution ist gekommen. Wir haben den Frieden erzwungen... In dieser Stunde proklamieren wir die freie sozialistische Republik Deutschland... Wir müssen alle Kräfte anspannen, um die Regierung der Arbeiter und Soldaten aufzubauen und eine neue staatliche Ordnung des Proletariats zu schaffen, eine

Ordnung des Friedens, des Glücks und der Freiheit unserer deutschen Brüder und unserer Brüder in der ganzen Welt. Wir reichen ihnen die Hände und rufen sie zur Vollendung der Weltrevolution auf!"

Räteherrschaft

Mit dem Sieg der Berliner Arbeiter fand die Revolution in Deutschland vorläufig ihre Krönung. Die vom Krieg heimkehrenden Soldaten schlossen sich überwiegend der Revolution an. In den Städten, Fabriken und Kasernen wirkten Arbeiter- und Soldatenräte, die oft wochenlang die Gewalt ausübten, die im bürgerlichen Staat auf die Gerichte, Parlamente und ausführende Staatsorgane (Polizei, Armee, Be-

amtschaft etc.) aufgeteilt ist. Keine Macht auf Erden konnte dies verhindern. Selbst die Führer des Generalstabs, allen voran Hindenburg, mußten die vollendeten Tatsachen anerkennen. Deutschland drohte ebenso für den Kapitalismus verloren zu gehen, wie ein Jahr zuvor Rußland.

Doppelherrschaft

In den Novembertagen galt es auch in bürgerlichen Kreisen als "schick", sozialistisch zu sein. Leute, die noch wenige Tage vorher die überzeugtesten Monarchisten, deutschnationale und Anhänger kapitalistischer Zucht und Ordnung waren, entdeckten jetzt plötzlich ihr Herz für die Arbeiter und hatten "im Prinzip" nichts gegen einen "vernünftig angewandten" Sozialismus.

Am 9. November war nicht nur der Kaiser abgetreten, sondern auch der liberale Prinz Max von Baden. Dieser ernannte den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert zu seinem Nachfolger. Dessen neugebildetes Kabinett nannte sich "Rat der Volksbeauftragten", und bestand aus drei SPD- und drei USPD-Vertretern. Ansonsten jedoch blieb

MACHT IN ARBEITERHAND



ben die alten kaiserlichen Ministerien weiter bestehen, eben so der alte Verwaltungsapparat, die Staatssekretäre usw. Ein Freudentaumel überzog ganz Deutschland. Mit dem 9. November, so hoffte die breite Masse, sei der entscheidende Schritt in Richtung sozialistische Umwandlung getan. Viele Arbeiter gingen davon aus, daß die Revolution nun schon weitgehend vollendet sei. Doch der Schein trügt. Haben auch die Räte die alleinige Gewalt über weite Teile Deutschlands; die entscheidende Auseinandersetzung steht noch bevor: Hier die Räte als Organe der Arbeitermacht, dort der alte Staatsapparat als Machtorgan der Kapitalisten und Junker. Wenn auch anfänglich der bürgerliche Staatsapparat weitgehend gelähmt war, so war andererseits die Räte-macht nicht konsequent und mit allen Mitteln abgesichert. Das Ringen dieser beiden, sich gegenseitig ausschließenden Herrschaftssysteme mußte bis zur Entscheidung weitergetrieben werden. Ein solcher Zwischenzustand, den man auch mit dem Begriff "Doppelherrschaft" bezeichnen kann, kann nur von kurzer Dauer sein.

Die Räte übten zwar zunächst die entscheidende Macht im Lande aus, doch was fehlte, war eine Koordinierung der Räte, um so die Grundlage für einen Arbeiterstaat zu schaffen. Was vielerorts fehlte, war eine klare und entschlossene Führung an der Spitze der Räte, erfahrene und weitsichtige Arbeiter, die sich nicht vom allgemeinen Freudentaumel einfach hin- und herreißen ließen und dabei die Gefahren übersahen, die den Räten drohten. Denn die Bürgerlichen waren zwar zunächst schockiert und sprachlos, aber sehr bald machten sie sich an die Arbeit, um dem Embryo einer Räte-demokratie den entscheidenden Schlag zu versetzen. Und was gab es für eine bessere Art, als sie von innen her zu zersetzen?

Während die Räte delegierten aus den Betrieben Arbeiter waren, setzten sich die Soldatenräte aus allerlei Elementen zusammen: Bürgersöhnchen, Intellektuelle, Unteroffiziere und zum Teil selbst Offiziere. Hinzu kommt, daß die eben erst heimgekehrten Soldaten noch wenig Überblick über die Lage besitzen konnten und daher für leere Phrasen von "Einheit" und "Ruhe und Ordnung" anfälliger waren.

Ebert

Die rechte SPD-Führung unter Ebert war erklärtermaßen Gegner der Räteherrschaft. Aber Ebert war zu klug, als daß er dies in jenen Stunden offen zugegeben hätte. Er wandte daher eine andere Taktik an, die man kurz und bündig mit

dem Schlagwort "Unterwanderung, Lähmung und Sabotierung der Räte-macht" umschreiben kann. Ebert stand nun zwar an der Spitze des alten, bürgerlichen Staatsapparates, aber er ließ sich nicht daran hindern, diese seine Regierung von den Berliner Räten absegnen zu lassen. Gleichzeitig überfluteten die Anhänger Eberts die Büros der noch nicht fest installierten Räte mit Tausenden von Anfragen und Bittstellungen. Der noch allzu schwache Verwaltungsapparat der Räte erstickt in dieser Sabotage, die Räte können so die an sie gestellten Erwartungen nicht erfüllen, wertvolle Wochen verstreichen.

Rosa Luxemburg beschrieb die Aussichten in einem Artikel am 20. November mit folgenden Worten: "Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: Bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn Diktatur des Proletariats ist Demokratie in sozialistischem Sinne. Diktatur des Proletariats das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, Anarchie, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus... Ohne den bewußten Willen und die bewußte Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus... keine Ausflüchte, keine Zweideutigkeiten - die Würfel müssen fallen..."

Vorerst vollzog sich die Kastrierung, die schrittweise Selbst-aufgabe der Räte im Namen des Sozialismus.

"Keine Experimente"

Ebert präsentierte sich den weniger erfahrenen Arbeitern und Soldaten als der Mann aus dem Volke, der ehemalige Sattlergeselle, der die Probleme des kleinen Mannes kennt und jetzt wieder für geordnete Verhältnisse sorgen würde. Er verstand es geschickt, Gefühle und Instinkte der Massen aufzugreifen. Mit dem Siegel eines von den Berliner Räten vorerst abgesegneten Reichskanzlers warf er seine ganze Autorität in die Waagschale, um vor "unüberlegten Experimenten" zu warnen und die "Einheit" (unter seiner Aufsicht und Kontrolle natürlich) zu beschwören.

Die Hauptargumente der Genossen um Ebert waren etwa folgende: "Wir haben schon so viel erreicht - eine Volksrepublik, Sturz der Königshäuser, eine sozialistische Regierung, bürgerliche Freiheitsrechte, Achtstundentag, Gleichberechtigung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Jetzt müssen wir erst einmal das Erreichte sichern. Seid einig, Genossen. Fordert nicht zuviel. Keine Experimente."

Auf weniger erfahrene Arbeiter und Soldaten machten solche Appelle natürlich Eindruck.

Ebert und seine Anhänger verstanden es geschickt, die Errungenschaften der Revolution als ihre persönliche Leistung zu präsentieren.

ren. In Wirklichkeit war es aber nicht die höfliche Diplomatie kaiserliche Regierungssozialisten, die den Herrschenden viele Zugeständnisse ertrotzte. Einzig und allein die Furcht der Herrschenden vor der vollständigen sozialistischen Revolution war es, die mit einem Schlage alle diese Errungenschaften brachte. DIESE REFORMEN WAREN NUR EIN NEBENPRODUKT DER REVOLUTION!

Sie konnten, wie die folgenden Monate und Jahre zeigen sollten, aber nur dann vollständig abgesichert und ausgebaut werden, wenn die Revolution nicht auf halbem Wege stehen blieb, sondern konsequent zum Ende getrieben wurde, und zwar durch die Sozialisierung der Wirtschaft und Festigung der Räteherrschaft.

Auf dem Höhepunkt der ersten Revolutionswelle, am 15. November 1918, schlossen Arbeitgeber und Gewerkschaften ein Abkommen, in dem auf Papier u. a. festgelegt wurden:

- 8-Stunden-Tag
- staatliche Arbeitslosenversicherung
- Arbeitsbedingungen sollen in Kollektivverträgen festgelegt werden
- Paritätisch besetzte Schlichtungsausschüsse sollen zur Regelung sozialer und arbeitsrechtlicher Fragen gebildet werden

Zu einem Zeitpunkt, da die Unternehmer die Macht der Räte nicht leugnen konnten, verzichtete

die ADGB-Gewerkschaftsführung freiwillig auf den Kampf um die ganze Macht, ließ sich stattdessen auf sozialpartnerschaftliches Mitbestimmungsglatteis locken.

Sämtliche Reformen, die die Unternehmer in ihrem ersten Schrecken einräumten, wurden ausnahmslos wieder zurückgenommen, sobald sich die Reaktion wieder stark genug fühlte - endgültig 1933!

Bündnis gegen die Arbeiter

Am 10. November war Eberts Regierung als "Rat der Volksbeauftragten" eingesetzt worden. Noch am selben Tage hatte Ebert über geheimen Draht ein Telefongespräch mit dem Großen Hauptquartier geführt. Er schloß mit Generalquartiermeister GROENER ein Bündnis ab. Lassen wir dazu Groener selbst zu Wort kommen:

"Wir haben uns verbündet zum Kampfe gegen den Bolschewismus. ... Ich habe dem Feldmarschall... vorgeschlagen, die Oberste Heeresleitung möge sich mit der Mehrheitssozialdemokratie verbinden, da es zurzeit keine Partei gebe, die Einfluß genug habe im Volke, besonders bei den Massen, um eine Regierungsgewalt mit der Obersten Heeresleitung wieder herzustellen. ... Zunächst handelte es sich darum, in Berlin den Arbeiter- und Soldatenräten die Gewalt zu entreißen. Zu diesem Zwecke wurde ein Unternehmen geplant. Zehn Divisionen sollten in Berlin einmarschieren. Ebert war damit einverstanden. ... Dieses Bündnis war geschlossen worden gegen die



Gefahr der Bolschewiken und gegen das Räte-system..." (Protokoll der Münchner Dolchstoßprozesse, Oktober/November 1925).

DAMIT WAR SCHON IN DEN ERSTEN TAGEN DER REVOLUTION DER BÜRGERKRIEG GEGEN DIE ARBEITERKLASSE EINE BESCHLOSSENE SACHE.

DOCH DIE ERDROSSELUNG DER REVOLUTION SOLLTE SCHWIERIGER VERLAUFEN, ALS MAN ES SICH ZUNÄCHST VORSTELLT HATTE.....

In der nächsten Ausgabe werden wir diesen Artikel fortsetzen. Dabei werden wir insbesondere auf die verschiedenen Parteien der Arbeiterbewegung (SPD, USPD, KPD) eingehen.

Ein Beispiel für Gewerkschaftsarbeit

Jede linke politische Arbeit in diesem Land heißt für den, der sie tut, mit einem Haufen Frustrationen fertig zu werden. Gewerkschaftliche Arbeit nimmt sich da überhaupt nicht aus. Aber ab und zu läßt sich was Positives raus-holen, und damit für einen selber die Motivation, politisch zu arbeiten, wieder neu begründen.

Als Beispiel dafür möchte ich Initiativen meiner Betriebsfachgruppe vorstellen. Ich bin Mitglied der ÖTV und Angestellter der Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, (d. h. Stadtbibliothek). Wir sind ein Betrieb von ca. 600 Mitarbeitern, die in fast 60 Zweigstellen und einer großen Zentrale stark dezentralisiert arbeiten. Die Bibliotheken haben je nach Größe 20- oder 40-tausend Bände, und die Zahl der ausgeliehenen Medien (Bücher, Zeitschriften, Spiele, Kassetten) beträgt pro Jahr mehr als sieben Millionen Einheiten. Die Arbeit machen zwei Berufsteile: einmal die Bibliothekare, die für Bestandsaufbau, Leserberatung und Katalogarbeiten zuständig sind. Dann die Büchereigehilfen, die den viel unangenehmeren verwaltungs- und ausleihetechnischen Bereich abdecken müssen. In diesem Berufsteil hat es nun eine erhebliche Veränderung gegeben. Während die bibliothekarische Ausbildung seit Jahrzehnten festgeschrieben ist, war auf diesem Gebiet ein totales Chaos - wie so oft im Ausbildungsbereich in dem föderalistischem System der BRD. Viele Kollegen hatten überhaupt keine Ausbildung, Hamburg war sogar eines der wenigen Bundesländer, das eine regelrechte Ausbildung anbot - die natürlich nicht bundesweit aner-

kannt war. Jetzt ist eine neue Berufsbezeichnung und endlich eine festgeschriebene Ausbildung bundesweit durchgesetzt worden. Der "Assistent an Bibliotheken" muß jetzt eine zweijährige Ausbildung machen, die mit einer Prüfung abschließt und in allen Bundesländern anerkannt wird. Jetzt kann ein Kollege mit dieser Ausbildung auf einen anderen Bibliothekstyp wechseln, für ihn sind erweiterte Aufgaben vorgesehen, die sich auch tariflich auszahlen sollen. Da diese Ausbildung aber erst seit zwei Jahren möglich ist, hat der Betrieb für alle die, die irgendwann einmal eine Gehilfenausbildung gemacht haben, eine betriebliche Fortbildung angekurbelt - was ist aber mit den vielen, die als ange-lernete Kollegen bei uns arbeiten? Die ÖTV-Betriebsgruppe hat deshalb eine Initiative gestartet mit dem Ziel, allen Interessierten eine Fortbildungsmöglichkeit zu geben, die sie befähigen soll, die Nachprüfung für diesen anerkannten Beruf zu bestehen.

Wir haben in alle Zweigstellen Briefe verteilt, in denen wir die Kollegen motiviert haben, diese Fortbildung anzustreben und fast hundert haben sich gemeldet. Mit diesen Zahlen hatten wir nicht gerechnet und jetzt ist wirklich ein Haufen Arbeit zu machen. 240 Unterrichtsstunden sind zu geben, der Lehrplan ist vorzubereiten, Arbeitsgruppen müssen gebildet werden. Wenn diese Initiative Erfolg haben sollte (wir stecken gerade mitten drin), wird das für viele ein Beweis sein, daß gewerkschaftliches Engagement auch direkt und unmittelbar die Arbeitssituation verändern kann.

Für uns als ÖTV-Betriebsfachgruppe hat sich deutlich die vorgebrachte Kritik bei der letzten Betriebsratswahl ausgezahlt. Ich führe die Stimmenmehrheit für uns im Betriebsrat, 6 ÖTV - 5 DAG, darauf zurück, daß wir in Flugblättern, bei Betriebsversammlungen und auch direkt im Gespräch mit unseren Kollegen die Gefahren aufgezeigt haben, die durch Rationalisierung und EDV-Einsatz für sie entstehen könnten.

Aber nicht nur Kritik, die sofort breite Zustimmung findet, weil alle sie nachvollziehen können, sondern auch weiterreichende politische Kritik sehen wir als sehr notwendig an. Aber die muß in einer Gewerkschaftsgruppe, so meine ich, doch wieder unmittelbar am Arbeitsplatz erfahrbar sein. Ein Beispiel bei uns: Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die zunehmende Zensurtendenz in der BRD zu beobachten und gegebenenfalls Zensurpraktiken in Bibliotheken publik zu machen und zu bekämpfen.

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die meist völlig unpolitischen Kollegen nicht mit großen Weltanschauungen für aktives Mitmachen gewonnen werden können, sondern nur, wenn man ihre Probleme am Arbeitsplatz, die ja auch die meinen sind, direkt angeht und mit ihnen gemeinsam, ohne den großen Guru zu spielen, zu lösen sucht.

Dies überzeugt und hat viele überzeugt, sich auch gewerkschaftlich zu organisieren. So wird aus dem isolierten Lohnabhängigen mit der Zeit ein aktiver Gewerkschaftler, der mit den anderen solidarisch und selbstbewußt seine Interessen vertritt.

Michael Hengst (Hamburg)

Bürokratische Herrschaft oder Arbeiterdemokratie

...lautet der Titel einer VORAN-Broschüre, die ausführlich die Entwicklung in der Sowjunion seit der Oktoberrevolution 1917 berichtet.

BROSCHÜREN SIND ZUM STÜCKPREIS VON DM 1,- ZUZGL. PORTO BEI DER REDAKTION GEGEN VORAUSZAHLUNG ERHÄLT- LICH!

REDAKTION VORAN
HAMMESBERGER STR. 75
5630 REMSCHEID

OPPOSITION BEI KAMPF FÜR MEHR

WAHLERGEBNISSE IM VERGLEICH		
Liste:	IG Metall	Hoss/Mühleisen
1972 Stimmen	7.800 (72%)	3.034 (28%)
1975 Stimmen	10.572 (74,6%)	2.653 (18,7%)
1978 Stimmen (April - ungültig)	7.600 (64%)	3.200 (27%)
1978 Stimmen (September)	6.601 (52,3%)	4.952 (39,2%)
Die restlichen 6,5% 1975 und 8,4% 1978 entfielen auf den Christlichen Metallarbeiter-Verband.		

Nachdem wir in der letzten Ausgabe über den neuesten Erfolg der linken oppositionellen Liste Hoss/Mühleisen bei den Betriebsratswahlen bei Daimler berichteten, erreichten uns viele Bitten von aktiven Gewerkschaftern, nähere Einzelheiten zu berichten. Wir hoffen, daß dieser ausführliche Hintergrundbericht dem Informationsbedürfnis nachkommt und ihnen Denkanstöße vermittelt.

Die Entstehung der Opposition

Die Geschichte der oppositionellen Liste geht zurück bis Ende der 60er Jahre. Der Aufschwung in der Automobilindustrie wurde bei Daimler in dieser Zeit gekennzeichnet vom Übergang von der Einzelmaschinenfertigung (Fräs-, Bohr- und Drehautomaten) zur Massenfertigung (Transferlinien). Neue Produktionsstätten im Umkreis von Stuttgart wurden dem Untertürkheimer Werk angegliedert. Die Arbeitsteilung wurde verstärkt und das Werk erhielt den Charakter eines unübersichtlichen anonymen Mammutbetriebs. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung hielt mit dieser Entwicklung nicht Schritt.

Bürokratisierung

Der Betriebsrat schaltete und waltete über die Köpfe der Belegschaft hinweg. Die Kollegen wurden nicht nach ihrer Meinung gefragt in Sachen Betriebsratsarbeit und zu Gewerkschaftsfragen. Das einfache Mitglied zahlte nur Beiträge, hatte "aber noch nicht einmal das, was jeder Hasenzüchterverein hat, nämlich eine Jahreshauptversammlung, auf der sich jedes Mitglied beteiligen kann" (Mühleisen).

Selbst die Vertrauensleute hatten kaum inhaltlichen Einfluß auf die Betriebsratsarbeit und die übrige Gewerkschaftspolitik. Vielmehr wurden sie mißbraucht als Instrument des Betriebsrats. Das fängt damit an, daß Vertrauensleute nicht von den Gewerkschaftsmitgliedern ordentlich gewählt, sondern meist von Betriebsräten bestimmt wurden. Das sah dann etwa so aus, daß ein Betriebsrat in eine Abteilung ging, einige Leute zu Vertrauensleuten vorschlug und die Kollegen fragte, ob sie was dagegen hätten. Daß es heute noch Vertrauensleute gibt, die keine demokratische Legitimation haben, zeigt das Beispiel des derzeitigen Vorsitzenden des Vertrauensleutenkörpers. Er wurde einst im Werk Hedelfingen gewählt. Dieses Jahr wollte er sich zum Betriebsrat wählen lassen, fiel aber durch. Daraufhin ließ er sich ins Werk Untertürkheim versetzen, dachte aber nicht daran, seinen Vertrauensmannposten abzugeben bzw. sich neu von den Kollegen bestätigen zu lassen. Er ist deshalb auch weiterhin Vorsitzender des Vertrauensleutenkörpers. Die örtlichen Gewerkschaftsführer unterstützen das auch noch.

Opposition

Einige Vertrauensleute erkannten, daß für eine wirksame Interessenvertretung, die Kollegen an der Basis sich mit den anstehenden Problemen und Konflikten auseinandersetzen müssen, um Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen zu können, um den Verhandlungen des Betriebsrats eine starke Kraft zur Seite zu stellen.

Die Mindestforderungen der kritischen Vertrauensleute waren zunächst:

- Ordentliche Wahl von Vertrauensleuten in den einzelnen Bereichen.
- Mindestens 10 VL-Sitzungen im Jahr.

Lange vor den ersten Vorbereitungen zur Betriebsratswahl 1972 richteten die Kollegen W. Hoss und H. Mühleisen einen Vorschlag zur Änderung des Wahlverfahrens für die Betriebsratswahlen an die Ver-

trauenskörperleitung. Sie wollten die Kandidatenaufstellung auf der IGM-Liste basisnäher, demokratischer und mit direkter Einwirkungsmöglichkeit aller Mitglieder durchgeführt wissen. Hierzu legten sie konkrete Punkte vor.

Unter der Führung des Betriebsratsvorsitzenden Hauff (er war auch SPD-Landtagsabgeordneter) weigerte sich der Betriebsrat, die Vorschläge überhaupt auf die Tagesordnung zu bringen. Zur Abblockung der Kritik von unten wurden vom Betriebsrat weitere diktatorische Maßnahmen ergriffen. Die Kandidatenaufstellung zur Delegiertenwahl zur Vertreterversammlung wurde so geändert, daß nur noch der kandidieren durfte, der die absolute Mehrheit in der Vertrauensleutenkörpersammlung erreicht hatte. Einfachen Mitgliedern wurde das Vorschlagsrecht genommen. Willi Hoss wurde auf diese Weise als Kandidat ausgetrickst, obwohl in seiner Abteilung 56 Unterschriften für seine Kandidatur gesammelt wurden.

Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Betriebsratswahl wurden auf genau dieselbe Weise linke Kollegen an der Kandidatur gehindert. Einfache Mitglieder hatten kein Vorschlagsrecht, Kandidat konnte nur werden, wer mehr als die Hälfte der Stimmen des Vertrauensleutenkörpers erhalten hatte. Die Reihenfolge der Kandidaten auf der IGM-Liste wurde durch eine "engere Kommission" der Vertrauenskörperleitung vorbestimmt.

So änderte sich bis 1972 die Zusammensetzung des Betriebsrats nur dann, wenn ein Mitglied bei Daimler ausschied oder starb. Das sollte nun aber anders werden. Nachdem es der Opposition durch bürokratische Maßnahmen der IGM-Betriebsräte verwehrt war, sich auf der IGM-Liste zur Wahl zu stellen, gab es für sie nur die Alternative einer eigenen Liste, um die Unzufriedenheit unter den Kollegen mit dem Betriebsrat zum Ausdruck zu bringen. Es entstand die erste Liste oppositioneller Gewerkschafter:

- Hoss, W., 12 Jahre bei Daimler
- 10 Jahre IGM-Vertrauensmann
- Mühleisen, H., 18 Jahre bei Daimler,
- 15 Jahre IGM-Vertrauensmann
- D'Andrea, M., 9 Jahre bei Daimler,
- mehrere Jahre IGM-Vertrauensmann

Der Erfolg bei den Betriebsratswahlen '72 bestätigte voll die Richtigkeit dieses Schrittes. Die Zahl der Stimmen hätte ausgereicht, um 5 Oppositionelle in den Betriebsrat zu bringen. Leider waren nur 3 aufgestellt, so daß die restlichen Mandate auf die offizielle IGM-Liste gingen

Ausschlüsse

Den alteingesessenen IGM-Betriebsräten muß dieses Wahlergebnis wie ein Schock in die Knochen gefahren sein. Sie sahen wohl ihre Posten und Privilegien bedroht und überstürzten sich in panischen Reaktionen. Noch vor der Wahl hatten sie den Antrag gestellt, Hoss, Mühleisen und D'Andrea aus der IG Metall auszuscheiden. Dieser Ausschlußantrag wurde nach der Wahl aufrecht erhalten und von der Ortsverwaltung unterstützt. Der damalige Bezirksleiter Willi Bleicher

bot eine Zurücknahme der Ausschlußanträge nur unter der Bedingung an, daß sich die drei Kollegen von ihrem Verhalten distanzieren und sich in Zukunft jeder öffentlichen Kritik an den IGM-Betriebsräten enthalten sollten. Dies war unannehmbar, zumal durch das Wahlergebnis ein starker Rückhalt in der Belegschaft bestätigt wurde.

So wurden die Kollegen Hoss, Mühleisen und D'Andrea noch 1972 vom Hauptvorstand der IG Metall ausgeschlossen, ohne auch dort nur gehört worden zu sein bzw. ohne daß die zahlreichen Proteste aus der Mitgliedschaft berücksichtigt wurden. Ab sofort waren die



DIE GEWÄHLTEN KANDIDATEN DER LISTE "HOSS/MÜHLEISEN"

Kollegen gezwungen, außerhalb der IGM gewerkschaftliche Arbeit zu leisten. Daß diese Arbeit von den Kollegen anerkannt wurde, zeigte die Betriebsratswahl 1975. Weitere Gewerkschaftsmitglieder wa-

ren bereit, auf der oppositionellen Liste zu kandidieren, obwohl ihnen klar war, welcher Druck von oben hier auf sie zukommt und auch sie mit einem Gewerkschaftsausschluß rechnen mußten.

Das Programm der Opposition

Leistungssteigerung

Von 1973 auf 1977 wurde die Jahresproduktion bei Daimler um 25% erhöht, während die Zahl der Beschäftigten in den Werken Sindelfingen und Untertürkheim nur um 3% zunahm. Dieser Trend soll sich nach dem Willen der Unternehmensleitung fortsetzen. Das bedeutet natürlich ein enormer Leistungsdruck durch Rationalisierung. "Mit der Einführung des MTM-Systems zur Stückzahlermittlung ist den Akkordarbeitern der letzte Rest an Einflußmöglichkeiten bei Zeitaufnahmen genommen worden. Die Stückzahlen werden jetzt vom Schreibtisch aus festgelegt. Zugleich ist die Kluft zwischen dem, was im Tarifvertrag als "Normleistung" festgesetzt ist und dem, was die Firma als solche festlegt, noch größer geworden.... Wo immer möglich, will die Firma Leistungsprinzipien für Zeitlohn einführen... Neben den genannten Formen der Leistungssteigerung ist es vor allem die ausgedehnte Durchführung von Überstunden, Nachschichten, Samstagsarbeit, welche die Kollegen belastet... Was hier betrieben wird, ist ein unverantwortlicher Raubbau an Arbeitskräften." (Wahlplattform der Liste Hoss/Mühleisen). Konkrete Forderungen zu diesem Problembereich werden in dem Wahlprogramm nicht genannt, lediglich für die Folgen des MTM-Systems (über dieses System berichtete VORAN in der Ausgabe Nr. 21) werden Ausgleichsforderungen gestellt.

Lohndruck

Trotz eines vergleichsweise hohen Lohnniveaus nimmt der Druck auf die Löhne zu. Z. B. wurden vier Karrenfahrer von Dieselfahrzeugen auf Elektrofahrzeuge umgesetzt und ihnen dafür dann 3 Arbeitswerte abgezogen. Weil der Abzug von Arbeitswerten durch technische Verbesserungen tarifvertraglich zugelassen ist, können Gewerkschafter in ihrer Funktion als Betriebsräte direkt nichts dagegen unternehmen. Es bleibt eine Kritik am Tarifvertrag. Die Betriebsräte der Liste Hoss/Mühleisen wollen aber erreichen, daß z. B. Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiten beseitigt werden. Nervenbelastende Bandarbeit und taktgebundene

Arbeit soll höher eingestuft werden. Lohngruppen am Rande des Sozialleistungsniveaus sollen durch einen innerbetrieblichen Mindestlohn beseitigt werden.

Die Betriebsräte setzen sich aktiv ein gegen das Einfrieren bzw. den Abbau von Sozialleistungen (Zuschüsse zum Kantinenessen, zum Fahrgehalt, zur Wohnheimpflege etc.). Das Programm der Hoss/Mühleisen-Liste reiht viele Mißstände an. Es zeigt aber nicht immer konkrete Schritte dagegen auf. Hier muß man sich manchmal auch fragen, ob alle angeschnittenen Probleme überhaupt durch den Betriebsrat bzw. innerhalb eines Betriebes gelöst werden können.

Gerade eine Verbindung betrieblicher aktueller Forderungen mit gewerkschaftlichen Forderungen, wie im Programm der "Gruppe oppositionelle Gewerkschafter" bei Opel Bochum, vermißt man in dem Programm der Hoss/Mühleisen-Liste.

mehr Demokratie

Den Kern ihrer Arbeit bringen sie auf die Formel: "mehr Demokratie". Das heißt für sie:

- Informationen über alle wichtigen Fragen...
- Durchsetzung vorhandener Rechte...
- Förderung der Eigeninitiative...
- Belegschaft bestimmt über den Betriebsrat...
- Unfähige Betriebsräte müssen abgewählt werden können...
- Betriebsräte gehören in ihre Betreuungsbereiche...
- Der Betriebsrat muß von Büroarbeit entlastet werden...
- Entscheidungsbefugnisse der unteren Ebene des Betriebsrats müssen erweitert werden...
- Mehr Demokratie für die Arbeiter...

"Nur derjenige Betriebsrat kann etwas erreichen, der fest an der Seite der Kollegen steht.... Gewiß setzt ihm das Betriebsverfassungsgesetz hier mit der 'Friedenspflicht' enge Grenzen, aber nicht dort, wo sie die bisherige Betriebsrats-Mehrheit gezogen hat" (Wahlplattform).

Die hier zum Ausdruck kommende Kritik am BVG ist freilich sehr bescheiden. Auch in diesem Punkt geben die oppositionellen Gewerkschafter bei Opel Bochum ein besseres Beispiel, indem sie in ihr Wahlprogramm eine radikale Kritik an diesem Gesetz aufnahmen.

DAIMLER-BENZ IN UNTERTÜRKHEIM DEMOKRATIE IN DER IG METALL

Durchbruch bei den Betriebsratswahlen 1978

Bei den April-Wahlen dieses Jahres wurde Wahlbetrug begangen. Zugunsten der IGM wurden 1.310 Wahlzettel in die Urnen geschmuggelt.

Bereits die Wahlvorbereitungen wurden von den alteingesessenen Berufs-Betriebsräten nicht nach demokratischen Gepflogenheiten durchgeführt. Wiederholt wurde der Antrag von W. Hoss abgelehnt, in den 35köpfigen Wahlvorstand einen Vertreter seiner Liste aufzunehmen. Man wollte unter sich bleiben.

Am 6.4.78 wurden auf Anordnung des Wahlvorstands 25.000 blaue Stimmzettel für die Arbeiter gedruckt. Auf Anordnung des Betriebsratsvorsitzenden wurden am 10.4. noch weitere 3.000 Stimmzettel für die Arbeiter nachgedruckt, obwohl nur 18.362 Arbeiter stimmberechtigt waren. Diese nachgedruckten Stimmzettel wurden in einem Büro eines IGM-Betriebsrates deponiert, das 300 Metern von den Räumen des Wahlvorstands entfernt lag. Der weitere Verbleib der Stimmzettel ist bis heute ungeklärt.

Am Nachmittag des 20.4.78 werden die Wahllokale geschlossen. Einen Tag später werden die Stimmen ausgezählt. Von Zuschauern wird beanstandet, daß zusammenhängende Päckchen von Umschlägen wie Spielkartenbündel aus den Urnen fallen, aus denen Stimmzettel zum Vorschein kommen. Sie haben einen anderen Farbton (Nachdruck) und tragen gleiche Kreuze mit gleichem Stift. Der Wahlvorstand

behauptet, das sei Zufall bzw. statische Aufladung. Er zählt trotz massiver Proteste weiter aus. W. Hoss stellt den Antrag, daß zur Überprüfung die Zahl der Haken auf der Wählerliste verglichen wird. Der Wahlvorstand lehnt das ab.

Am 25.4.78 fechten Vertreter der oppositionellen Liste die Wahl an. Sie wollen Neuwahlen.

Ende Mai erklärt das Gericht die Wahl für ungültig. Daraufhin behaupten die örtlichen Bevollmächtigten der IGM aus Stuttgart und Esslingen gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Vertrauensleutkörper in einem Flugblatt: "Es fehlt jeder Sachhinweis für Fälschung und Manipulation."

Gegen das Gerichtsurteil legen die IGM-Betriebsräte und ihre Ortsverwaltung Beschwerde ein. Eine Einsicht in die Wahlunterlagen wird aber zunächst kategorisch abgelehnt. Erst kurz vor einem neuen Gerichtstermin rücken sie die Unterlagen raus. Der ganze Schwindel fliegt auf. Der Staatsanwalt zählt 1310 gefälschte Stimmzettel.

Unzufriedenheit IST

Bereits vor den April-Wahlen war bei Teilen der Belegschaft eine tiefsitzende Unzufriedenheit mit der IGM-Führung vorhanden. Das schlechte Streikergebnis war noch voll im Bewußtsein. Die unbefriedigende Arbeit der IGM-Betriebsräte tat ihr Übriges.

So war es dann auch nicht verwunderlich, daß Leute aus dem Vertrauenskörper sich weigerten, für

die alteingesessenen Betriebsräte Wahlpropaganda zu machen und ihre Flugblätter nicht verteilten.

Der Wahlbetrug beschleunigte den Druck auf die IGM-Führung abermals so stark, daß sie nicht mehr drum rum kam, ihre basisferne Politik und ihr Verhältnis zu den alten inhaltlichen Forderungen der Opposition neu zu überdenken.

Veränderungen

Der schwerfällige Apparat bewegte sich plötzlich. Der Betriebsrats-



Aus einem Flugblatt der Opposition vom September 1976, nachdem ein halbes Jahr lang kein Sitzung der IGM-Vertrauensleute mehr stattgefunden hatte.

vorsitzende (SPD-Mitglied) und sein Stellvertreter nahmen den Hut. Die IGM gibt ein Wahlprogramm heraus und verkündet Anfang August Urwahlen. Nach Aussage eines Metallers hat sich bei Daimler innerhalb weniger Wochen mehr verändert als innerhalb der letzten 20 Jahren.

Allerdings entspricht die Urwahl, so wie sie abgehalten wurde, nicht den Vorstellungen der Opposition. Die Bereiche waren z. B. viel zu groß eingeteilt. Viele Stimmen fielen so auf Kollegen, die zwar in den Abteilungen bekannt waren und dort auch gewählt wurden, aber im übrigen Wahlbereich unbekannt waren. Mehr als 40% der Mitglieder beteiligten sich nicht an der Urwahl.

So konnte die IGM-Führung ihre auserlesene alte Mannschaft wieder durchbringen, obwohl z. B. der bisherige Betriebsratsvorsitzende in seinem Bereich nur 20% der Stimmen erhielt. Die IGM sprach aber bereits von einem "neuen Anfang", der gemacht werden sollte. Kurze Zeit später gibt die IGM-Ortsverwaltung aber wieder bekannt, daß die Urwahlen damit nicht als dauernde Einrichtung eingeführt sei. War die Urwahl also nur ein einmaliger taktischer Schachzug?

Die volle öffentliche Verteidigung der IGM-Betriebsräte durch die Ortsverwaltung ließ die Halbherzigkeit des Neubeginns erkennen. Als z. B. Wolf Biermann während seines Konzerts für die gewerkschaftliche Opposition den Sohn Schleyers zitierte, bezeichnete ein IGM-Sekretär dies in einem empörten Brief an Biermann als "affirmative Fehlleistung". Jörg Schleyer hatte in jenen Tagen in einem "Bild"-Interview gesagt: "Mein Vater hatte mit den Daim-

ler-Betriebsräten herrliche Bierabende".

Durchbruch

Bei der Wiederholungswahl Ende September erhielt die oppositionelle Liste dann die Stimmen von 5.000 Gewerkschaftsmitgliedern. Das löste bei den IGM-Funktionären unterschiedliche Reaktionen aus. Der 1. Bevollmächtigte Otto Gotschlich von der Ortsverwaltung diffamierte die Opposition weiter. Er bestand immer noch auf Ausschlußverfahren gegen die neuen Kandidaten der Liste Hoss/Mühleisen. Daraufhin stellten aber 26 Daimler-Kollegen mit ihrem Vertrauensmann einen Antrag auf Gewerkschaftsausschluß für den Bevollmächtigten. Die bisherige Scharfmacherei kann also nicht mehr aufrechterhalten werden, ob die IGM-Funktionäre das wollen oder nicht. Die Schluener unter ihnen wissen das auch. Sie verkünden eine Wende zur Zusammenarbeit, weil man, wie der neue Betriebsratsvorsitzende richtig sieht, 40% der Wählerstimmen nicht negieren kann. Steinkühler verkündet laut nach der Wahl vor Mitgliedern, daß er jede der sachlichen Forderungen der Opposition hätte unterschreiben können. Wenn das sein Ernst ist, muß man sich fragen, warum Steinkühler seine Autorität nicht einsetzt für die sofortige Wiederaufnahme der Gruppe in die Gewerkschaft. Ist er dazu so stolz?

Denn wie sagte er doch einmal: "Wenn ihr wieder rein wollt, dann nur auf den Knien". Oder hat der Bezirksleiter Angst, die innergewerkschaftliche Opposition könnte dadurch neuen Auftrieb bekommen und ihm eine konsequentere Gangart gegenüber den Bossen vor-schreiben?

Opportunismus der DKP

Die Gründer der oppositionellen Liste W. Hoss und H. Mühleisen waren einst Mitglieder der DKP. Ihre kritische Haltung gegenüber den IGM-Betriebsfunktionären wurde anfangs auch wohlwollend geduldet.

Als Willi Hoss dann aber zur offiziellen Parteilinie kritisch Stellung bezog, ergriff die DKP-Führung bürokratische Mittel gegen ihn. Hoss stellte insbesondere die Position der Partei zu China in Frage und forderte darüber eine offene Diskussion in der Partei. Den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR '68 bezeichnete er als Verletzung der innerparteilichen Demokratie, als Rückkehr zum Stalinismus unter dem Diktat der Sowjetunion.

Im Jahre 1970 wird Hoss wegen dieser abweichlichen Haltung aus der DKP ausgeschlossen. Zwei Jahre später wird auch Hermann Mühleisen aus der DKP ausgeschlossen. Grund: Bildung einer oppositionellen Liste zur Betriebsratswahl. Die Kandidaten der oppositionellen Liste wurden in der DKP-Betriebszeitung als Belegschaftsspalter und "unterwürfige Nachbeter kleinbürgerlicher Politikanten" beschimpft.

Diese Haltung wird bis heute von der DKP-Führung aufrechterhalten. Nach den Ereignissen bei Daimler können die DKP-Funktionäre nicht mehr leugnen, daß es im Untertürkheimer Betrieb "ernste Fehler" gab. Sie führen "die jetzige schwierige Situation für die Gewerkschaft ... nicht zuletzt ... auf die jahrelange Duldung oder

gar Unterstützung der autoritären ... an Unternehmerinteressen orientierten ... Amtsführung einiger Betriebsräte" zurück.

Einerseits gibt die DKP zu, daß das "Umdenken" in der IG Metall das "Verdienst der Hoss-Gruppe" ist. Andererseits wird der beschränkte Weg der Opposition völlig verdammt.

Eine Veränderung kann nach den Worten des DKP-Bezirksvorstandes nämlich nur von der Einheitsgewerkschaft geleistet werden, die "auch bereit und in der Lage ist, Fehler zu korrigieren ...". Und "um wieviel mobilisierender und ohne den erzeugten Scherbenhaufen (wäre) dieser Neubeginn möglich gewesen, wenn diese Energien und Fähigkeiten statt gegen die Gewerkschaft innerhalb der Gewerkschaft eingesetzt worden wären. ... Hier verschließen die verantwortlichen DKP-Funktionäre beide Augen vor der Wirklichkeit.

Erstens wurde eine Veränderung gewerkschaftlicher Interessenvertretung von den Kollegen Hoss und Mühleisen nirgends sonst als innerhalb der Gewerkschaft selbst versucht. Zweitens wurde dieser Ansatz durch nichts anderes als durch die gewerkschaftliche Führungsspitze abgeblockt, die eben nicht bereit war, Fehler zu korrigieren. Drittens hatte die Basis nichts zu melden. Viertens wurde nicht gegen die Gewerkschaft gekämpft, sondern nur gegen bürokratische Strukturen, bzw. gegen Personen, die diese Strukturen zementieren.

Wie hätte diese Veränderung unter diesen Bedingungen anders er-

reicht werden können, als durch eine oppositionelle Liste? Die Kollegen hatten keine beliebige Wahl von Wegen. Die Ereignisse diktierten ihnen ihr Vorgehen.

Die DKP muß sich fragen lassen, was sie in den letzten 6 Jahren getan hat, um bei Daimler oder anderswo für einen Neubeginn in der gewerkschaftlichen Arbeit zu sorgen. Von ihr ist keine Aktion bekannt für innergewerkschaftliche Demokratie, die eine ähnlich mobilisierende Wirkung gehabt hätte.

Nach den Urwahlen zur Wiederholungswahl ist für die DKP in der Gewerkschaft auch wieder alles in Ordnung. Die Politik und die Strukturen der Gewerkschaftsgremien bei Daimler waren für sie demnach nur ein Unfall bei sonst intakter Gewerkschaftspolitik. Daß dies nicht stimmt, zeigten Wahlergebnisse aus anderen Großbetrieben ebenso wie die massiven Proteste, die gegen das diesjährige Streikergebnis aus der IG Metall-Mitgliedschaft zu hören waren.

Die Tatsache, daß "großbürgerliche Medien" über Biermann und Hoss berichteten, ist für die DKP ein weiterer Grund sie als gewerkschaftsfeindlich hinzustellen. So einfach ist das.

Da hat eine oppositionelle Liste seit Jahren das Vertrauen vieler Kollegen und bekommt bei den Betriebsratswahlen 1978 5.000 Stimmen von IGM-Kollegen. Und trotzdem sind das für die DKP-Führung "egozentrische Sektierer". Es bleibt zu hoffen, daß dieses Verhalten den einfachen DKP-Mitgliedern zu denken gibt.

Solidarität mit den Ausgeschlossenen

Insgesamt gesehen haben sich die Kollegen von der Liste Hoss/Mühleisen aber große Verdienste erworben. Sie haben sich nicht nur aktiv für die Kollegen im Betrieb eingesetzt, sondern durch ihre Arbeit auch positiv auf die Gewerkschaft eingewirkt. Wenn jetzt innerhalb der IG Metall ein Erneuerungsprozeß eintritt, dann ist dies den Kollegen von der Opposition und ihren Anhängern zu verdanken. Durch die Ereignisse um die Betriebsrats-Arbeit und die letzten

Wahlen bei Daimler hat sich der Druck der Gewerkschaftsbasis auf die alteingesessenen Funktionäre derart verstärkt, daß sie die ersten Schritte unternehmen mußten zu einer innergewerkschaftlichen Demokratisierung. "Sie sind gezwungen, einen Teil dessen zu verwirklichen, was sie jahrelang bekämpft haben" (G. Rathgeb, Mitglied der oppositionellen Liste).

Mehr als 1.000 Unterschriften wurden von einfachen IGM-Mitgliedern schon für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen gesammelt. Juristisch ist der Ausschluß schon lange nicht mehr haltbar. Der Bundesgerichtshof

hat nämlich entschieden, daß Kollegen, die auf einer Konkurrenzliste kandidieren, deshalb nicht aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden dürfen.

Mit der Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Gewerkschafter, ist aber das Problem Gewerkschaftsdemokratie noch nicht grundsätzlich gelöst. Damit sich Gewerkschaftsvertreter gegenüber ihrer Basis nicht verselbständigen, müssen sie besser kontrollierbar sein.

Ihre Abwahl muß genauso gewährleistet sein, wie die Abwahl von Betriebsräten.

Sie dürfen keine materiellen Privilegien erhalten. Ein hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär soll nicht mehr verdienen als ein Facharbeiter.

Minderheiten muß in der Gewerkschaft garantiert sein, daß sie jederzeit ihre Position darlegen können.

Schluß mit bürokratischen Ausschlußpraktiken und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die linke Opposition unter dem Vorwand der Gewerkschaftssehädigung.

Solidarität mit den Kollegen der Liste Hoss/Mühleisen.

NAHOST- FRIEDEN IN AUSSICHT?

NUR SOZIALISTISCHE LÖSUNG MÖGLICH



KURT PFEIFLE

Nach 4 blutigen Kriegen zwischen Israel und Ägypten in den letzten 30 Jahren stellt sich die Frage: Was steckt hinter den plötzlich so hektisch geführten Verhandlungen zwischen den erbitterten Gegnern von früher?

ÄGYPTEN

Seit der Weltwirtschaftskrise von 1974 hat sich die ohnehin schlechte Wirtschaftslage Ägyptens katastrophal verschlimmert. Der Zufluß des Auslandskapital blieb weg. Die Auslandsschulden schnellten auf 13 Mrd. Dollar hoch. Das Währungsdefizit macht jetzt mehr als 7 Mrd. Dollar aus und wird in den nächsten 2 Jahren um weitere 5 Mrd. ansteigen. Im nächsten Jahrzehnt braucht Ägypten allein 2,5 Mrd. Dollar jährlich an Auslandskrediten, um die Zinsen und Raten alter Auslandsdarlehen zurückzuzahlen. Die Kosten für den Militärhaushalt und die Aufrüstung verschlangen in der Vergangenheit fast 50 % des Staatshaushaltes.

Natürlich werden diese enormen Lasten den Schultern der arbeitenden Massen aufgebürdet: das durchschnittliche Jahreseinkommen steht bei ca. 300 Dollar, während die Preise mit einer Inflationsrate von 30-40 % emporschießen. 25 % der Bevölkerung sind arbeitslos oder unterbeschäftigt, während die herrschende Klasse in riesigem Luxus lebt.



Das Land am Nil gehört zu den ärmsten der Welt. Die Hauptstadt Kairo ist mit 10 Mio Einwohnern hoffnungslos überfüllt. Die meisten Bewohner müssen in Wellblechhütten hausen. Kairo ist berüchtigt für seine heruntergekommene Dienstleistungen. Um morgens zur Arbeit zu kommen, müssen sich viele Arbeiter buchstäblich mit den Fingerspitzen an den Außenwänden der Büsse festkrallen, in denen die Fahrgäste wie in Sardinenbüchsen eingepfercht sind.

Die schlecht bezahlten Polizisten zeigten während ihrer Kämpfe mit den Aufständischen ebenfalls Anzeichen von Unzufriedenheit. Sadats Stuhl wankte beträchtlich. Er war schließlich gezwungen, die Armee einzusetzen, aber erst nachdem er das Subventionsdekret wieder zurückgenommen hatte.

Die Unruhen waren eine ernste Warnung für das Regime. Der Weltwährungsfond und die ölreichen Kreditgeber Ägyptens, auf deren Anweisungen die Kürzungen eingeführt werden sollten, gewährten in aller Eile neue Kredite. Sonst hätte das Regime vielleicht dasselbe Schicksal erlitten, wie König Faruk der 1952 gestürzt wurde. Eine soziale Revolution wäre unvermeidlich gewesen.

So stolpert die Regierung von einem Zickzack in den nächsten, während nach und nach ihre soziale Basis dahinschmilzt. Die Sturmwolken der Revolution ziehen sich über Ägypten zusammen. Um die unter der Oberfläche weiterschwellenden Spannungen zu lockern, war es für Sadat unumgänglich, den Massen wenigstens ein Licht am Ende des Tunnels zu zeigen. Plötzlich versprach er Frieden. Auf einmal stellte er den Abbau der riesigen Militärlasten in Aussicht. Unversehens verhielt er den Massen einen steigenden Lebensstandard. Und überraschenderweise reiste

er innerhalb weniger Wochen zu seinem Erzfeind Begin nach Jerusalem, um direkte Verhandlungen aufzunehmen.

ISRAEL

Aber was bewog die Staatsspitze Israels zu einer so unvermittelten Wendung? Früher hatte sie Verhandlungen rigeros abgelehnt. Auch in Israel sind die Jahre des Wirtschaftswunders vorbei. Schon seit einem Jahrzehnt aber vor allem seit dem Juni Krieg von 1973 steht seine Wirtschaft am Rande des Desasters. Das Bruttosozialprodukt wuchs in den letzten beiden Jahren nur um 0,9 % bzw. 1,6 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen war 1977 auf 3,6 % angestiegen - eine hohe Zahl, wenn man bedenkt, daß das Land früher an einem chronischen Arbeitskräftemangel litt. In den letzten 5 Jahren sank die Inflationsrate nie unter 30 %.

Das Ergebnis war ein drastischer Rückgang im Lebensstandard der israelischen Arbeiter. In einer nicht abbrechenden Kette von "wilden" Streiks haben sie sich zur Wehr gesetzt. Fast jeder Sektor der Wirtschaft war in den letzten Jahren betroffen. Die zionistische Version der Sozialpartnerschaftsideologie verlor zunehmend an Boden.

Solche Bedingungen schaffen natürlich ein soziales Pulverfaß, das beim kleinsten Funken in die Luft fliegen kann. Ein solcher

AUCH DIE SCHÖNSTEN NOBELPREISE KÖNNEN NICHT DARÜBER HINWEGTÄUSCHEN, DASS SADAT UND BEGIN ALLES ANDERE SIND ALS DIE GROSSEN BEGLÜCKTER DER MENSCHHEIT UND DIE FRIEDENSSTIFTER DES JAHRHUNDERTS.

DIE WIRKLICHKEIT SIEHT ANDERS AUS.

Funke wurde im Januar von der Regierung entzündet, als sie versuchte, die jahrzehntealten Lebensmittelsubventionen ersatzlos zu streichen. Dadurch wären die Preise auf einen Schlag um mehr als 30 % in die Höhe geschwollen.

Es kam zu Unruhen. Wellen von Streiks, Demonstrationen nahmen schnell den Charakter eines Volksaufstandes an. Eisenbahnschienen wurden herausgerissen und Barrikaden gebaut.

Die israelische Gesellschaft begann, sich auf Klassengrundlage zu polarisieren.

Zu diesen innenpolitischen Schwierigkeiten der Regierung gesellte sich eine weitere: Die "FRIEDEN JETZT!"-Bewegung, die durch eine Bittschrift von 300 Armee-Offizieren ins Rollen kam, schwoll in sehr kurzer

Zeit zu einer Massenbewegung an. Da mehr als 35 % des israelischen Bruttosozialprodukts für militärische Aufrüstung verpulvert werden, sehen die Massen ganz offensichtlich in einem sofortigen Friedensvertrag eine Lösung ihrer Probleme.

PALÄSTINENSER

Sadat und Begin wurden beide durch ihre innenpolitischen Schwierigkeiten an den Verhandlungstisch getrieben. Die beiden sind ebensowenig "Friedensengel" wie Jimmy Carter. Daß sie nicht plötzlich zu Menschenfreunden geworden sind, kann man aus der Tatsache ablesen, daß alle drei von Camp David aus telefonisch dem Massenmörder Reza Pahlawi (Schah von Persien) ihre "rückhaltlose Unterstützung" zusicherten, als die Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Armee in Teheran einen Höhepunkt, einen vorläufigen besser gesagt - erreichten.

Der amerikanische Imperialismus hat ein Interesse daran, den Unruheherd Nahost endlich zu befrieden, da er sonst über kurz oder lang soziale Revolutionen in allen betroffenen Staaten befürchtet. Er sollte jedoch nicht vergessen, daß er selbst mit dazu beigetragen hat, diese Situation entstehen zu lassen. Ohne seine Großmachtspolitik hätte 1948 nach der Ansiedelung von einigen zehntausend Juden niemals der Staat Israel gegründet werden können. Diese Staatsgründung vertrieb 3,5 Millionen Palästinenser aus ihrer angestammten Heimat, und seither müssen sie unter ärmlichsten Bedingungen in Zeltlagern hausen. Die Palästinenser und ihr politischer Vertreter, die PLO, fordern einen unabhängigen Palästinenserstaat auf dem Westufer des Jordan.

Das palästinensische Volk ist auch innerhalb des arabischen Lagers eine unterdrückte nationale Minderheit. Seit eh und je wurde es von den herrschenden Cliquen der verschiedenen Staaten als Spielball ihrer eigenen Interessen benutzt. Unterjocht wie es ist, und ohne jeglichen nationalen Reichtum, kann dieses Volk unmöglich einen unabhängigen Staat auf einer gesunden wirtschaftlichen Grundlage aufbauen. Sozialisten müssen natürlich das Recht auf Selbstbestimmung aller unterdrückten Nationalitäten unterstützen, auch das der Palästinenser.

Doch auch viele israelische Arbeiter haben inzwischen in Palästina eine Heimat gefunden. Ein friedliches Nebeneinander beider Nationen wird niemals möglich sein, solange die eine in Unterdrückung und Armut leben muß.

ABKOMMEN

Mögen sich die "Helden" von Camp David in ihrem vorläufigen Erfolg sonnen, der die wirklichen Interessen von Millionen außer acht läßt. Bisher ist es ohnehin nur ein Stück Papier. Die israelische Kapitalistenklasse wird niemals einem unabhängigen Palästinenserstaat auf dem Westufer des Jordan zustimmen (das sie seit 1973 militärisch besetzt hält). Dieser könnte nämlich unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen keinesfalls stabil sein; er wäre von Anfang an Schauplatz von wirtschaftlichem, sozialem und politischem Aufruhr, der allzu leicht auf Israel selbst übergreifen könnte. Einen revolutionären arabischen Staat vor der Haustüre würde sie niemals dulden.

In beiden Ländern (Ägypten und Israel) werden sich in den nächsten Jahren die Klassenauseinandersetzungen verschärfen. Weder die ägyptischen noch die israelischen Arbeiter und Bauern haben etwas positives von einem neuen Krieg zu erwarten - und die doppelt leidenden Palästinenser am allerwenigsten.

Auf der Grundlage von Kapitalismus und Zionismus wird der Nahe Osten niemals zur Ruhe kommen. Friedensgespräche und -verträge haben noch nie in der Geschichte zu dauerhaftem Frieden geführt. Der einzige realistische Weg zu einem friedlichen Nebeneinander der Völker in Nahost und zu einer Behebung ihrer materiellen Not führt über den Sturz des kapitalistischen Systems.

Die israelischen und ägyptischen Arbeiter und Bauern haben gemeinsame Klasseninteressen. Nur wenn sie sich zusammenschließen gegen die herrschenden Klassen in ihren eigenen Ländern und gegen das internationale Kapital, können sie verhindern, daß diese sich auf ihrem Rücken einigen. Falls es der vereinigten Arbeiterbewegung in Nahost gelänge, die herrschenden Klassen zu stürzen, wäre im Rahmen eines freiwilligen Staatenbundes der sozialistischen Staaten von Nahost natürlich auch Platz für einen unabhängigen und selbstverwalteten Palästinenserstaat. Eine solche Föderation, begründet auf die Grundsätze der Arbeiterdemokratie, und des Internationalismus, könnte mit Hilfe eines gemeinsamen Wirtschaftsplans zur Ausbeutung der vorhandenen Rohstoffe und zur produktiven Ausnutzung aller Arbeitskräfte und -plätze Not und Elend bei allen betroffenen Völkern für immer ausrotten und einem friedlichen Zusammenleben aller Nationen den Weg ebnen. ■

HINWEIS

Die nächste Ausgabe unserer Zeitung wird als Doppelnnummer für die Monate Dezember 1978 und Januar 1979 erscheinen. Außerdem möchten wir schon hiermit vorankündigen, daß VORAN zum Jahresende 5 Jahre alt wird! Grund genug zu einem Geburtstagsgeschenk unserer Leser und aktiven Verkäufer, in Verbindung mit dem fälligen Weihnachtsgeschenk. Doch mehr dazu in VORAN Nr. 35.

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postcheckkonto H.G. Göttinger, Postcheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Redaktion "Voran" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75